

**Ausgerechnet  
Bananen**



**Nicht die  
Bohne**



... interessiert viele von uns, wie die Menschen leben, die für uns den Kaffee ernten. Ein Kaffeeplantage in Mittelamerika verdient etwa 4 Mark pro Kilo...

Ein Kilogramm Bananen kostet Sie in Deutschland 2-3 DM. Der kolumbianische Pflanzer erhält umgerechnet 5 Pfennige für das Kilogramm. Internationale Bananenkonzern, die kaufen, transportieren und weiterverkaufen. Nicht nur die niedrigen Löhne der Arbeiter, die Bananen ernten, sondern auch die hohen Preise für den Anbau von Grundbesitzern.

**DER  
FLEISCHWURGER**



In den Ländern Lateinamerika wird immer mehr Fleisch für den Export produziert

Die Folgen sind:

- Zerstörung der natürlichen Ressourcen, die Wasser, Tiere und Pflanzen
- Verlust biologischer Vielfalt
- Bodenverschmutzung durch Düngemittel
- Verlust von Arbeitsplätzen und Einkommensmöglichkeiten
- Verschwendung und Abfall von tierischen Produkten

FDCL

Drei Plakate des FDCL zu Folgen / Problemen für den Export produzierter Lebensmittel aus Lateinamerika:

'Ausgerechnet Bananen'

(DIN A3)

'Nicht die Bohne'

(DIN A3)

'Der Fleischwurger'

(DIN A2)

3 Plakate DM 5,-  
3x3 Plakate DM 10,-

Wenn Ihr der Bestellung einen entsprechenden Scheck oder Geldschein beilegt, zahlen wir Porto und Verpackung!

LN-Vertrieb  
Gneisenaustr. 2  
1000 Berlin 61

# LATEINAMERIKA nachrichten

14. JAHRGANG DER

CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Dezember 1986

DM 4,50

**154**

## CHILE: Jahr der Entscheidung



## — aber welcher?

Aus dem Inhalt:

**NICARAGUA:** Volksgerichte / Bürgerinnenversammlung / **BRASIL:** Neue alte Republik? / **GUATEMALA/BRD:** »Entwicklungshilfe« / **ARGENTINIEN:** Ende der Unterdrückung der indianischen Urbevölkerung

**INHALTSVERZEICHNIS**

**Editorial** ..... 4

— CHILE: Jahr der Entscheidung — aber welcher? ..... 6

    Todesstrafe verhindern! ..... 14

    Wahlen an den Unis: Stellvertreter-Politik ..... 18

— ARGENTINIEN: Ende der Unterdrückung der indianischen Urbevölkerung? ..... 20

— BOLIVIEN: Die Töchter der Bartolina Sisa ..... 25

— BRASILIEN: Neue alte Republik? ..... 32

— KARIBIK: Streiflichter aus der Karibik ..... 39

— NICARAGUA: Volksgerichte ..... 44

    Barricada: Die Frau erlangt die Gleichheit ..... 48

    Cabildos abiertos — die offenen Bürgerversammlungen ..... 57

— GUATEMALA/BRD: Über die »Entwicklungshilfe« der Bundesrepublik Deutschland ..... 61

— REZENSIONEN: am costaricanischsten... ..... 67

    Diktatur & Revolution in El Salvador ..... 70

    Nicaragua: Vulkan der Träume ..... 72

    Bücher zur Agrarreform in Nicaragua (II) ..... 73

— EINGEGANGENE BÜCHER ..... 76

— ZEITSCHRIFTENSCHAU ..... 76

— TERMINE ..... 79

Titelfoto: AFI, Chile

Impressum  
**LATEINAMERIKA NACHRICHTEN** 154  
 Dezember 1986  
 Jahrgang 14 der CHILE-NACHRICHTEN  
 erscheint monatlich  
 (mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174 - 6342

Redaktion: Redaktionskollektiv  
 V.i.S.d.P.: Christian Klemke

Druck: Movimento, Berlin-West

Redaktionsschluß: 13. November 1986

Abo-Preise:

Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-  
 Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjahresweise berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.

Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83 - 103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:  
 LATEINAMERIKA NACHRICHTEN  
 im Mehrlinghof  
 Gneisenastraße 2  
 1000 Berlin 61  
 Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1.3.1985

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

# LATEINAMERIKA nachrichten

**Geschenkabonnement**

(DM 50,-)

Abonnements der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN kann man zwar zu jeder Jahreszeit verschenken, aber im Laufe der Zeit haben wir uns angewöhnt, besonders im Dezember dafür zu werben - warum wohl?

Im Unterschied zum normalen Abo, das sich jeweils automatisch um ein Jahr verlängert, wenn es nicht gekündigt wird, endet das Geschenkabon nach Ablauf eines Jahres ohne jede weitere Verpflichtung. Zur Vereinfachung unserer Buchhaltung bitten wir bei Geschenkabos um Vorkasse (Verrechnungsscheck DM 50,-) bei der Bestellung.

Bei Geschenkabon-Bestellungen, die bis zum 17. Dezember bei uns eingehen, werden wir alles in unseren Möglichkeiten stehende tun, damit die/der Beschenkte an den Feiertagen bereits im Januar-Heft lesen kann.

Wer ein Geschenkabon bestellt bekommt von uns ein Geschenk:

- eine Serie mit 12 Postkarten mit farbigen Drucken von chilenischen Arpilleras (gestickte Wandbilder) oder
- die drei Plakate des FDCL, die auf der Rückseite dieses Heftes vorgestellt sind.

Bestellungen mit Namen und Anschrift von Besteller/in und Beschenkter/m (bitte in Blockschrift), Geschenkwunsch (Postkarten oder Plakate) und Verrechnungsscheck bitte an:

LN-Vertrieb, Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61

\* \* \* \* \*

Wieder lieferbar:

## Sammelmappen für die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Jede Sammelmappe aus kartonverstärkter PVC-Folie hat zwölf Heftstäbe, so daß die elf Hefte eines Jahrgangs und der Index in der Mappe festgehalten werden.

Einzelpreis DM 12,- | Bei Vorauszahlung (Verrechnungsscheck ab 5 Stück je DM 10,- | der Bestellung beilegen) schicken wir | die Mappen portofrei.

Bestellung an: LN-Vertrieb, Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61

## Editorial

Die Katastrophe wird zur Routine. Mittlerweile können wir schon todsicher kalkulieren, daß der nächste Umweltunfall stattfinden wird, nur wissen wir nicht, wo, und es sind nicht nur die Fischlein, die dabei drauf gehen. Ein Detail am Rande: das Gift, das im Moment den Fischen im Rhein den Garaus macht, war eigentlich dazu bestimmt, in der Dritten Welt "Ungeziefer" zu eliminieren. Sicher ist jedoch, daß es über kurz oder lang auf die eine oder andere Weise den Menschen erreicht. Abzuwägen, ob Unfälle wie derzeit der in Basel oder ob die schleichende, andauernde Vergiftung bedrohender sind, hieße abwiegen. Aber: die Katastrophe findet täglich statt, wenn auch nicht immer als Medienereignis.

Ein weiteres Ereignis beherrschte Anfang November die internationalen Medien: die Wahlen zum Senat und Repräsentantenhaus in den USA. Ob der Erfolg der Demokraten, der ihnen neben der Mehrheit der Sitze im Repräsentantenhaus diese nun auch im Senat sichert, jedoch den mörderischen Kurs der US-Politik gegenüber Nicaragua ändern wird, bleibt noch ungewiß. Bisher konnte man nur vorsichtige Äußerungen vernehmen. Ein grundlegender Wandel in den Beziehungen zu dem kleinen mittelamerikanischen Land ist jedoch unwahrscheinlich. So ließ die demokratische Kongreßführung zwar jüngst verlauten, daß sie sich 1987 der Fortführung der Contra-Hilfe widersetzen werde, und der mutmaßliche künftige Führer der demokratischen Mehrheit im Senat äußerte, man müsse im Falle Nicaraguas alle Mittel ausschöpfen, vor allem diplomatische. Aber auch für Byrd ist die militärische Lösung ein "letzter Ausweg".

Wahlen im Zentrum der Macht, Wahlen in der Peripherie: Am 9. November - kurz vor Redaktionsschluß - fanden in Peru Kommunalwahlen statt. Das Ergebnis - ein deutlicher Sieg für die Partei des Präsidenten Alán García, APRA - ist angesichts der Situation in Peru nicht verwunderlich. Die APRA hat es in den 17 Monaten ihrer Regierung geschafft, nahezu die gesamte Medienwelt - von Fernsehen, Radio bis hin zu den Zeitungen - gleichzuschalten. Die wenigen oppositionellen Publikationen wie 'Cambio' oder 'El Nuevo Diario' wurden immer wieder verboten, was durch die Situation des Ausnahmezustandes nicht schwer fiel.

Alán García hat im Lande - trotz der Massaker an über 400 Gefangenen (s. LN 151), trotz der katastrophalen wirtschaftlichen Situation und obwohl all seine symbolischen Aktionen an der Misere des Landes nichts grundlegend änderten - immer noch eine so große Popularität, daß die Wahlen beinahe den Charakter eines Heimspiels annahmen. Obgleich die Izquierda Unida (IU) innerlich heftig zerstritten ist, wäre eine stärkere Position der IU auf kommunaler Ebene die einzige Möglichkeit gewesen, der Regierung García eine wirksame Opposition entgegenzustellen. Die IU stand im Wahlkampf mehrfach kurz vor der Spaltung: ein Teil des linken Flügels hatte sich zunächst im Alleingang für die Wahlen angemeldet. Sie warfen dem García näherstehenden Flügel um Alfonso Barrantes vor, mit den Mördern der Massaker gemeinsame Sache zu machen, wenn er eine 'Frente Antiterrorista' - eine Art konzertierte Aktion - initiieren wolle. Letzterer vertrat seine Politik mit dem Hinweis, das angesichts des Ausnahmezustands und der verstärkten Macht von Polizei und Militär die IU so agieren müsse, daß sie noch geduldet würde. Und in der Tat ist der Druck auf die IU sehr groß geworden, seitdem im Lande jede Form der Repression mit dem Argument der Terrorismusbekämpfung geduldet wird (s. auch LN 153 - Überfall auf die Lehrwerkstatt Micaela Bastidas). So zwiespältig man auch zur IU stehen mag: die Wahlniederlage, insbesondere von Barrantes in Lima, nimmt der IU die Möglichkeit, wenigstens auf kommunaler Ebene Opposition zu betreiben.

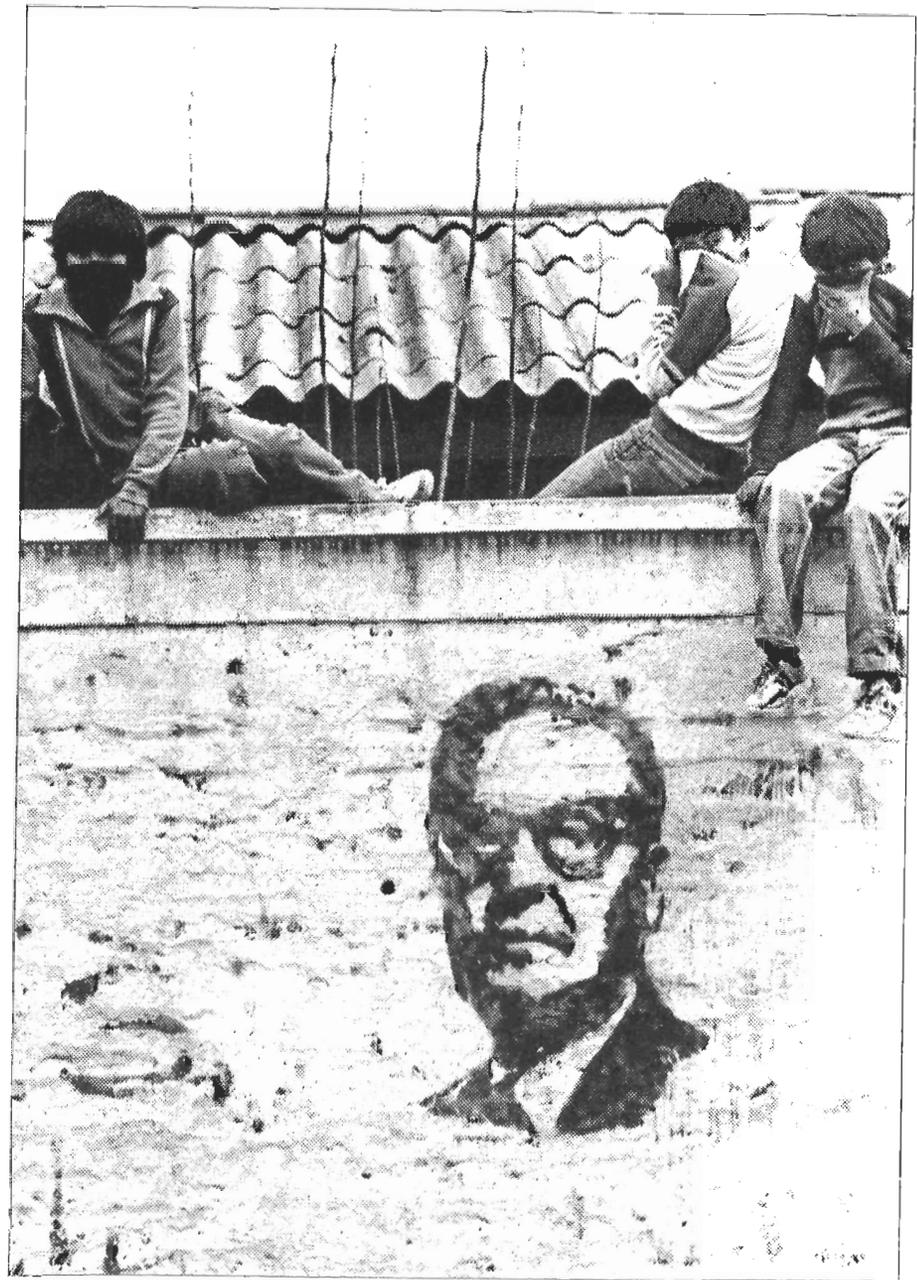
Und gleich nochmal Wahlen: am 15. November stehen in Brasilien die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung und der Gouverneure der Bundesstaaten an. Aufgeschreckt durch Regierungsmaßnahmen im ökonomischen Bereich (z.B. das Einfrieren der Preise seit Februar 1986) und durch die Furcht, daß die neue Verfassungsgebende Versammlung restriktivere Gesetze zur Ausfuhr von Profiten erläßt, sind die multinationalen Konzerne in einen "Investitionsstreik" getreten und ziehen im Moment Kapital aus Brasilien ab.

# CHILE

## Jahr der Entscheidung — aber welcher?

*Genau ein Jahr ist sie nun her, jene denkwürdige Massendemonstration im O'Higgins-Park in Santiago, wo mehr als eine halbe Million Chilenen zusammenkamen, um ihren Unmut über das Regime von General Pinochet zum Ausdruck zu bringen. Nachdem der Acuerdo Nacional der Mitte-Rechts-Opposition vom Juli 1985 von der Regierung und den Streitkräften als Verhandlungsgrundlage zurückgewiesen worden war, setzte die chilenische Christdemokratie mit ihren politischen Verbündeten in der Alianza Democrática (AD) damals gerade mal wieder auf Massenmobilisierung und Zusammenarbeit mit der Linken. Wie zu befürchten stand (vgl. LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN 146, S.9), sollte die erfolgversprechende Aktionseinheit zwischen der AD und der gesamten Opposition vorerst allerdings nur bis Anfang Juli dieses Jahres dauern. Seither gehen die führenden Christdemokraten zunehmend auf Distanz zur Kommunistischen Partei (PC) - das gescheiterte Attentat auf den Diktator bot einen willkommenen Anlaß, den ohnehin geplanten Bruch nun 'ideologisch gerechtfertigt' und begründet zu vollziehen.*

Offensichtlich setzen der Parteivorsitzende Gabriel Valdés und seine Mannen mittlerweile auf eine andere Karte: Nicht mehr in gemeinsamen Aktionen mit der linken Opposition sehen sie ihre eigenen Interessen gewährleistet, sondern in einer verstärkten Zusammenarbeit mit der traditionellen Rechten in Chile. Valdés ist sich heute nicht zu schade, mit Leuten Verhandlungen aufzunehmen und ein gemeinsames Vorgehen zu vereinbaren, denen er vor einem Jahr im O'Higgins-Park noch nachsagte, sie hätten die Würde verloren": Am 8. September dieses Jahres unterzeichnete die Christdemokratische Partei (PDC) zusammen mit rechtsradikalen Gruppierungen wie dem MUN ein Papier mit dem alles- und nichts-sagenden Titel "Bases de Sustentación del Régimen Democrático" (Grundpfeiler der Demokratie). Der Kreis der unterzeichnenden Parteien umfaßt das gesamte Spektrum des Acuerdo Nacional mit Ausnahme der Izquierda Cristiana (Christliche Linke), die sozusagen durch die Rechtsaußen der chilenischen Politik ersetzt wurde. Ziel dieses neuerlichen politischen Bekenntnispapiers ist es, sich den Militärs neben Pinochet und um ihn herum noch glaubwürdiger und seriöser als Verhandlungspartner anzudienen, als dies schon mit dem Acuerdo Nacional geschehen war. Je mehr 'alte Freunde' aus den ersten Jahren nach dem Putsch und aus der Zeit der scheinbaren Blüte des Regimes man den Uniformierten anbieten kann, desto größer müßte deren Versuchung sein, mit der bürgerlich-konservativen Opposition ernstgemeinte Verhandlungen aufzunehmen, zumal wenn sich diese so redlich bemüht, die Gräben auf ihrer linken Seite weiter auszuheben.



Früh übt sich, was ein Revolutionär werden will oder muß! (Foto: AFI)

Diese Haltung der DC zeichnete sich bereits deutlich in den letzten Augusttagen ab, als sich die Parteiführung gegen eine gemeinsame soziale Mobilisierung zum 4. September stellte. So wurde der Basis geraten, sich nicht an den Protestaktionen zu beteiligen, sondern einen 'Tag der Nationalen Reflektion' einzulegen. Der Zusammenhang dieser politischen Wende (nach den recht erfolgreichen Protesten am 2. und 3. Juli) mit der Erarbeitung der Bases de Sustentación liegt auf der Hand. Dieses Papier geht auf eine Initiative der Nationalpartei zurück, die die DC am 8. Juli in einem Brief zur Errichtung einer Regierungsallianz als Alternative zum herrschenden Regime aufforderte.

Die neue Abgrenzungspolitik gegenüber der stärksten Gruppe innerhalb der chilenischen Linken, dem Partido Comunista (PC), schlägt sich auf verschiedenen Ebenen nieder. So sprengte die christdemokratische Jugend schon lange vor dem Attentatsversuch die 'Mesa de concertación juvenil', ein Forum, an dem die Jugendorganisationen aller Oppositionsparteien beteiligt waren. An den Universitäten traten die DC-Vertreter nicht mehr auf gemeinsamen Listen mit den Kandidaten der Demokratischen Volksbewegung (MDP) an, und das wohl nicht ohne Erfolg: sie hatten ihre eigenen Chancen richtig vorausgerechnet und stellen an mehreren Hochschulen nun die stärkste Fraktion in den Studentenvertretungen.

Die Mutterpartei selber rückt den PC mit wachsender Begeisterung in unmittelbare Nähe mit der von ihr als terroristisch abqualifizierten Untergrundorganisation Frente Patriótico Manuel Rodríguez, die für das Attentat vom 7. September und für einige andere, meist ebenso spektakuläre wie wohlüberlegte Aktionen verantwortlich ist. So behauptet G. Valdés: "das Instrument des PC bei seinem militärischen Vorgehen ist die sogenannte Patriotische Front Manuel Rodríguez...". Eine solche Vereinfachung läßt nur einen einfachen Schluß zu: "Daher akzeptieren wir auf keiner Ebene der Parteienstruktur politische Vereinbarungen mit denen, die diese Definitionen nicht teilen (gemeint ist u.a. der uneingeschränkte Gewaltverzicht)". Deutlicher kann man das Ende der Zusammenarbeit zwischen AD und MDP kaum zum Ausdruck bringen!

Von der in den ersten Monaten dieses Jahres so oft verkündeten Losung 'Demokratie jetzt' ist die AD inzwischen meilenweit abgerückt, zumindest gilt dies für ihre führenden Vertreter. Was sich schon im Acuerdo Nacional abzeichnete, scheint nun unaufhaltsam zu sein: die Mitte-Rechts-Opposition läßt sich endgültig den Fahrplan von Pinochet beim sog. Übergang zur Demokratie (oder eventuell besser Übergang zur sog. Demokratie!) aufzwingen, ... und keineswegs nur den (s.u.). Daß Pinochet bis 1989 im Sattel bleibt, scheint nun kein Thema mehr zu sein, vielmehr wird ernstlich in der AD über einen Kandidaten für die vom Diktator projektierten Wahlen in jenem Jahr diskutiert. Das ist auch eine Entscheidung, zumindest kann sich der bürgerliche Block nicht nachsagen lassen, in dieser Hinsicht für 1986 zuviel versprochen zu haben. Das Pro-

blem der Linken ist nur, daß sie wiederum zuviel erwartet haben, von der sozialen Mobilisierung, von den Christdemokraten, von dem Jahr 1986.

## DER GROSSE BRUDER IM NORDEN

Eine entscheidende Rolle in der jüngeren Entwicklung der chilenischen Opposition haben zweifelsohne die USA gespielt, deren Vertreter sich mal wieder kräftig in die "inneren Angelegenheiten" Chiles einmischen. In den letzten Monaten galt dies nicht nur für den von Pinochet entsprechend als "metete" titulierten Botschafter Harry Barnes, der sich besonders guter Beziehungen zu den Unterzeichnern des Acuerdo Nacional und wohl auch der Bases de Sustentación del Régimen Democrático rühmen darf. So stieß der Befehlshaber für das Südkommando der US-Streitkräfte und Koordinator zwischen der US- und den südamerikanischen Armeen, General Galvin, in Gesprächen mit chilenischen Offizieren auf "eine gesunde Haltung gegenüber einer wirklichen Demokratie". Gleichzeitig machte Galvin seinen chilenischen Kollegen klar, daß sich für die nordamerikanische Regierung nur eine Alternative abzeichnet: entweder ein "Ehrenabgang" für Pinochet oder bürgerkriegsähnliche Zustände. Der US-Staatssekretär für inneramerikanische Angelegenheiten im Finanzministerium, Elliot Abrams, drohte zum ersten Mal seit dem Militärputsch damit, die USA könnten wegen der massiven Menschenrechtsverletzungen gegen die Vergabe des von Chile für das Jahres-



US-Botschafter Harry Barnes (2.v.r.) bei der Beerdigung von Rodrigo Rojas, der bei den Protesten am 2./3. Juli zusammen mit Carmen Gloria von Militärs mit Sprit begossen und bei lebendigem Leib angezündet wurde

ende beantragten Weltbankkredits stimmen. Die endgültige Entscheidung über die 250 Millionen Dollar fällt in den nächsten Tagen, die Vereinigten Staaten werden diese Drohung allerdings bestimmt nicht wahrnehmen. Bei allem Mitleid mit den armen Opfern der Diktatur, zumal wenn sie die US-Staatsbürgerschaft besitzen (wie der bei lebendigem Leib verbrannte R.Rojás), was zu weit geht, geht zu weit, schließlich sind wichtigere Dinge im Spiel.

Am 14. Oktober schließlich reiste der Staatssekretär für inneramerikanische Angelegenheiten im Verteidigungsministerium, Néstor Sánchez, zu einer Stippvisite nach Chile. Die einzige chilenische Organisation, mit der er in der Hauptstadt zusammentraf, war die Christdemokratische Partei - ein deutlicher Wink für Pinochet wie für die anderen hohen Militärs. Denn gerade innerhalb der Armee stießen die Kuppel-Versuche der US-Administration auf fruchtbaren Boden. Mit Ausnahme des Heeres sprachen sich die Vertreter aller Waffengattungen wiederholt für einen Dialog mit der bürgerlichen bzw. konservativen Opposition aus. Luftwaffenchef Matthei ging dabei sogar noch etwas weiter als sein Junta-Kollege Admiral Merino und kritisierte die bisherige Sturheit in der Politik des Regimes: "seit geraumer Zeit hätten wir dies mit allen tun sollen, denn der Dialog bedeutet, daß zwei den Willen haben, miteinander zu reden, nicht nur einer. Wir haben diesen Willen."

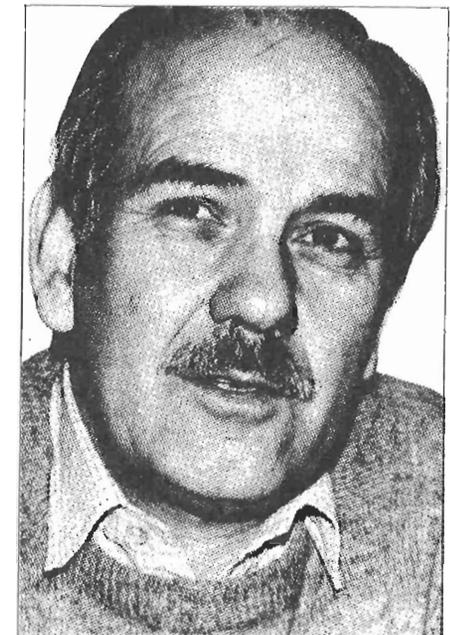
Kurz nach dem Attentatsversuch mußte der interessierte Beobachter dann wirklich staunen: General Pinochet höchstpersönlich hatte ein Dialogangebot unterbreitet. Was in der hiesigen Presse jedoch nur ungenügend deutlich gemacht wurde, war die Tatsache, daß er daran Bedingungen knüpfte, die nur für die Rechtsaußen, aber nicht einmal für die wankelmütigen Christdemokraten annehmbar waren: die uneingeschränkte Akzeptierung der faschistischen Pinochet-Verfassung als Verhandlungsgrundlage. Während Matthei, Merino und Stange (Carabineros) bereit sind, auch über das Grundgesetz von 1980 zu verhandeln und es gegebenenfalls abzuändern, hält der Diktator unbeirrt daran fest, denn er weiß, daß seine eigene Machtposition jetzt und in den nächsten Jahren direkt an diese Verfassung gekoppelt ist.

## DAS SOUVERÄNE UND GÖTTLICHE EIGENTUMSRECHT

Augusto Pinochet mit seiner halsstarrigen Machtbesessenheit stellt heute nicht nur in den Augen der USA und Westeuropas das offenkundigste Hindernis auf dem Weg zu einem möglichst aalglatten Übergang vom Faschismus zur parlamentarischen Demokratie dar. Trotz seiner zunehmenden innen- und außenpolitischen Isolierung gelingt es ihm immer wieder, seinen bürgerlichen Kritikern seine eigenen zeitlichen (s.o.) und politischen Vorstellungen aufzuzwingen. So wirft G. Valdés dem PC vor, durch seine auch den militanten Widerstand einschließende Politik dem Regime in die Arme zu spielen. Daß er und seine Partei aber die politisch-moralischen Kategorien Pinochets übernehmen und somit dessen Taktik des 'Teile und Herr-

sche' mitspielt, macht den Christdemokraten keine Probleme: das Demokratieverständnis vom General steht dem ihren eben näher (oder umgekehrt) als das von Kommunisten und Sozialisten. Wie sonst wäre es zu erklären, daß sie mit denselben Leuten, die vor 13 Jahren den 150 Jahre alten Parlamentarismus zu Fall brachten, in dessen Rahmen die Linken auf legalem Weg an die Macht gekommen waren, so etwas wie die 'Grundpfeiler' der Demokratie zu entwerfen; schließlich wurde es erst durch deren Mithilfe überhaupt nötig, sich um die Demokratie in Chile Sorgen zu machen.

Die Kritik, die DC schenke der Regierungspropaganda mehr Glauben, als es angesichts ihrer gleichzeitigen Skepsis gegenüber der linken Opposition gerechtfertigt wäre, kommt nicht nur von den Kommunisten und Teilen der Sozialisten, sondern auch aus den eigenen Reihen der Partei. Ihr Vizepräsident und gleichzeitiges Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsdachverbandes CNT (Comando Nacional de Trabajadores), José Riuz di Giorgio, übte heftige Kritik an der neuen DC-Politik, die nicht zuletzt auch die eigene Gewerkschaftsarbeit in Frage stellt, die bei allen Unstimmigkeiten immer durch die Suche nach konzertiertem Vorgehen aller Oppositionsparteien gekennzeichnet war: "Der chilenischen Opposition, zu der ich mich zähle, ist z.B. zu sagen, daß es im Augenblick nicht darum geht, politisch-ideologische Forderungen einzufordern, sondern darum,

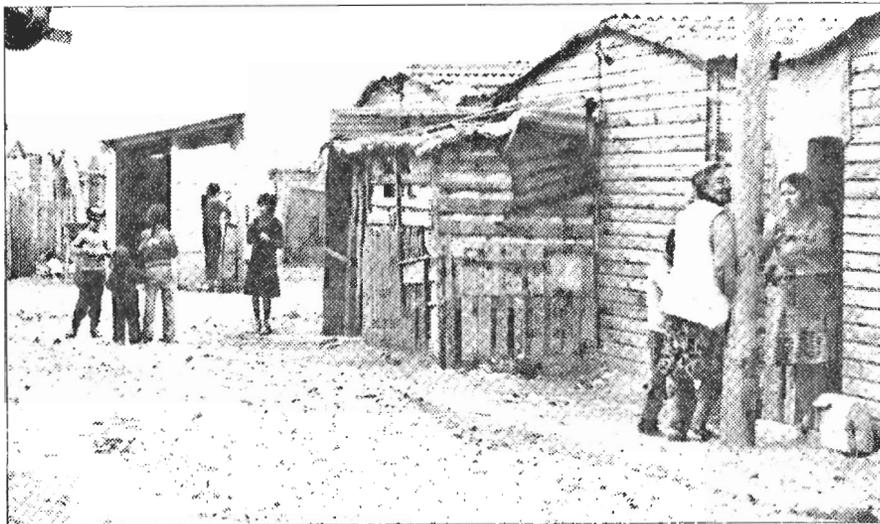


DC-Vorsitzender Gabriel Valdés und sein innerparteilicher Widersacher José Riuz di Giorgio: Bisher wurden ernstzunehmende Zwistigkeiten in der Christdemokratischen Partei immer der 'Parteiraison' geopfert.

die gemeinsamen Nenner zu suchen. ... Wir sollten die Debatte über Projekte aufheben, bis wir die Demokratie wiedererlangt haben." Und er kritisiert den offensichtlichen Versuch der Unterzeichner von Acuerdo Nacional wie Bases de Sustentación, die eigenen Pfründe ins Trockene zu bringen und das "souveräne und göttliche Eigentumsrecht" beizeiten festzuschreiben.

Bei allen Widersprüchen zum PC, zum Frente Patriótico Manuel Rodríguez und zu deren Politik deckt sich die Kritik von Ruiz di Giorgio mit der der linken Opposition. Gemeinsam mit der Izquierda Cristiana (IC), die die Hoffnung auf eine Vermittlung zwischen den beiden großen Blöcken noch nicht ganz aufgegeben zu haben scheint, veröffentlichte der MDP (Movimiento Democrático Popular) eine Stellungnahme zu den Bases de Sustentación und zur neuen Linie der DC. Darin wird die grundsätzliche Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Opposition zum Ausdruck gebracht.

Für einen Fehler halten es die linken Parteien allerdings, Demokratie einseitig mit Kapitalismus gleichzusetzen - die Erfahrung der vergangenen 13 Jahre gibt ihnen zweifellos recht; oder soll man die Gleichsetzung Demokratie-Kapitalismus durch die AD nach dem monetaristischen Experiment als Beleg für die nahe Verwandtschaft des Demokratiebegriffs von Pinochet und den Christdemokraten interpretieren? Den MDP-Parteien und der IC fehlen in dem AD-Papier auch genaue Vorstellungen über die juristische Verfolgung der vielen Menschenrechtsverletzungen und über den demokratischen Wiederaufbau. Zu der für die Zukunft des Landes immens wichtigen Problematik der wachsenden Auslandsverschuldung ist den Verfassern der Bases de Sustentación ebenfalls nichts Gescheites eingefallen.



Ob die Menschen in den Poblaciones Verständnis für das politische Vorgehen der Parteifunktionäre aufbringen werden?

Das einzige, was ihnen in den nächsten Jahren am Herzen liegt, ist wohl die Sicherung der kapitalistischen Strukturen. Ob dies ausreicht, ist auch dann sehr fraglich, wenn man von einer entschiedenen Intervention der USA in diese Richtung ausgeht. Doch vor dem Jahr 1989 wird sich nach den Vorstellungen der Christdemokratie und ihrer Freunde nichts Grundsätzliches ändern, man hat ja noch zweieinhalb Jahre Zeit, sich zu überlegen, was danach kommt.

Es sei denn, ein unvorhergesehenes Ereignis, entweder gottgegeben oder ähnlich dem vom 7. September dieses Jahres, bringt diese Terminplanung durcheinander. Für diesen (hypothetischen) Fall bleibt nur die Hoffnung, daß die chilenische Linke dann wesentlich besser darauf vorbereitet ist. Immer wieder wird von bürgerlichen Kreisen versucht, MDP und Frente Patriótico in einen Topf zu werfen; wie aber erklärt sich dabei die Ratlosigkeit und Widersprüchlichkeit, mit der die MDP-Parteien auf das versuchte Attentat reagierten. Die Linke hätte gar nicht angemessen reagieren können, wenn der Versuch geglückt wäre - und darin steckt die eigentliche Gefahr: (fast) das ganze Volk im In- und Ausland hätte gejubelt, und das nicht nur klammheimlich; aber die Linken wären nicht in der Lage gewesen, die Situation richtig auszunutzen. Dies im Hinblick auf eine eventuelle ähnliche Lage zu überprüfen und zu verbessern, ist die heutige Aufgabe des MDP - auf die Christdemokraten zu hoffen, wird ein frustrierendes Unterfangen bleiben.

(Quellen: HOY 480-484, SOLIDARIDAD 231, EL MERCURIO 11.-17.9. und 25.9.-1.10.1986, PARTE NOTICIOSO 919, ANALISIS 118)



So sieht die Realität für eine ständig wachsende Zahl von Chilenen aus. Was haben ihnen die bürgerlichen Politiker zu bieten?

## Todesstrafe verhindern!

Am 23. Oktober gab die chilenische Regierung die Verhaftung von fünf Männern, die am Attentat gegen Pinochet am 7. September beteiligt gewesen seien, bekannt. Es sind:

Juan Moreno Avila (26)  
 Victor Leodoro Díaz Caro (28)  
 Arnaldo Hernán Arenas Bejas (32)  
 Lenin Fidel Peralta Véliz (23)  
 Jorge Mario Angulo González (27).

Sie seien sämtlich Mitglieder der "Frente Patriótico Manuel Rodríguez" und hätten ihre Beteiligung am Attentat gestanden; bei dem Attentat kamen nach offiziellen Angaben fünf Mitglieder von Pinochets Leibwache ums Leben, neun weitere sowie zwei Polizisten seien verletzt worden. Nach dem "Antiterror-Gesetz" der Diktatur droht den Verhafteten die Todesstrafe.

Verhaftet worden seien sie von der Kriminalpolizei; nicht genannt wurde der Termin der Verhaftung, so daß uns nicht bekannt ist, wie lange sie wahrscheinlich gefoltert wurden, ehe ihre Verhaftung und ihre "Geständnisse" bekannt gegeben wurden. Kurz darauf wurde die Verhaftung vier weiterer Personen als "Helfer" der Attentäter gemeldet: Sonia del Carmen Avila Marín, Mutter von Juan Moreno und Luz Cristina Lizama Moreno, die Frau von Juan Moreno, Eduardo Navarro Cox, Computeringenieur und Rebeca Lucía Hidalgo Figueroa (60).

Nach der offiziellen Version hat die Kriminalpolizei die Verhafteten anhand von Fingerabdrücken an Waffen und einem Fahrzeug identifiziert; an dem Attentat waren fünf bis sechs Zellen der FPMR beteiligt, darunter vier Frauen; alles in allem waren rund hundert Personen an der Vorbereitung und Ausführung des Attentats beteiligt; rund vierzig weitere Haftbefehle sind ausgeschrieben (27.10.).

Einer der Verhafteten, Victor Leodoro Díaz C. ist ein Sohn von V.M. Díaz, stellvertretender Generalsekretär der chilenischen KP, der 1976 verschleppt wurde und seitdem "verschwunden" ist. (Die 40 Mitglieder des

"Comando Conjunto", die Ende 1976 die Führung der KP im

Untergrund verschleppten und ermordeten, wurden vor rund einem Monat durch Beschluß des Obersten Gerichtshofs mittels des Amnestiegesetzes außer Verfolgung gesetzt.)

Sprecher der FPMR haben inzwischen sowohl in Chile wie im Ausland (Belgien) erklärt, die fünf Verhafteten seien nicht am Attentat beteiligt gewesen. In weiteren Meldungen heißt es, zuerst sei Juan Moreno Avila mit seiner Familie verhaftet worden; die Anwesenheit seines 5-Monate-alten Babys habe ihn zum Sprechen gebracht ...

Victor Leodoro Díaz soll nach Meldungen der chilenischen Presse vom 4.11. in der Haftanstalt einen Selbstmordversuch unternommen haben. Schon vor Monaten hatte ein politischer Häftling der Mutter von Victor Díaz bei einem Gefängnisbesuch erklärt, er sei nach ihrem Sohn befragt worden. Wörtlich habe man ihm gesagt: "Dieser Victor Díaz wird schon fallen, und wir werden für einen heroischen Tod sorgen."

Die "Angehörigen der verhafteten Verschwundenen" wollen die Anwesenheit internationaler Beobachter beim Prozeß gegen die wegen des Attentats Verhafteten verlangen.



Victor Leodoro DIAZ Caro wird vorgeführt

## LETZTE INFORMATIONEN

Vertreter des internationalen Roten Kreuzes haben die Verhafteten inzwischen sehen können; Victor Díaz wies Schnittwunden an den Armen auf.

Die Mutter und Ehefrau von Juan Moreno wurden inzwischen freigelassen, sie dürfen aber ihren Aufenthaltsort nicht verlassen.

Die Zahl der im Zusammenhang mit dem Attentat Verhafteten beträgt nach letzten Informationen 24.

Inzwischen hat der Militärrichter (fiscal militar ad hoc) Fernando Torres am 30.10. gegen die fünf wegen des Attentats Verhafteten Anklage nach dem "Anti-Terrorgesetz" Nr. 18314 erhoben, dessen erster Absatz sich ausdrücklich auf Anschläge gegen "das Leben oder die körperliche Unversehrtheit des Staatsoberhauptes, seiner Ehefrau, Vorfahren oder Nachkommen" bezieht! Die Angeklagten befinden sich unter Kontaktsperre im Gefängnis in Santiago (Ex cárcel pública).

Wir rufen Euch auf, Euch für Leben und Freiheit der Angeklagten einzusetzen!

Kein Prozeß nach dem Reglement der Militärgerichtsbarkeit, das die Todesstrafe ermöglicht!

Zugang für internationale Beobachter wie z.B. Rotes Kreuz, amnesty international zu den Gefangenen während der Untersuchungshaft!

Kommt es zum Prozeß: Anwesenheit internationaler Beobachter!

## AUSREISEN STATT TODESSTRAFE!

In Chile droht 14 Menschen wegen des Widerstands gegen die Diktatur die Vollstreckung der Todesstrafe; in die Fällen von Jorge Palma Donoso, Carlos Araneda Miranda und Hugo Marchant Moya hat der Oberste Gerichtshof jetzt diese Urteile der Militärjustiz als rechtens bestätigt.

Ohne daß wir auf die Prozeßsituation der Fälle im einzelnen eingehen: In früheren Jahren hat die Diktatur auf der Grundlage des Gesetzesdekrets 504 Gefängnisstrafen in Ausweisungen umgewandelt. Das hessische Innenministerium hat der Bundesregierung gegenüber seine Bereitschaft erklärt, die Verurteilten aufzunehmen.

Noch fehlt aber die Zustimmung des Bundesinnenministeriums, das für Argentinier und Chilenen besondere Sicherheitsüberprüfungen durchführt! Deshalb müssen wir von der Bundesregierung verlangen, Einreisevisa für die Verurteilten und ihre Angehörigen zu erteilen. Von Pinochet müssen wir verlangen: Umwandlung der Todesstrafe in Ausweisung!

Die Namen der anderen 11 Verurteilten sind:

Cecilia Radigan Plaza, Miriam Ortega Araya, Rolando Cartegana Cordova, Raúl Hernán Castro Montañares, Pedro Burgos Ibanes, Carlos Arturo García Herrera, Juan Orlando Gajardo Ortiz, Fernando Benjamín Recevo Soto, Fermín Montes García, Gonzalo Gonzales Quiroga.

Señor

Ministro del Interior Ricardo García

Palacio de la Moneda

SANTIAGO

Chile

Nos enteramos de que el 23 de octubre de 1986 el Gobierno de Chile dio a conocer la detención de las siguientes personas:

Juan Moreno Avila

Víctor Leodoro Díaz Caro

Arnoldo Hernán Bejas

Lenín Fidel Peralta Véliz

Jorge María Angulo González

Se les acusa de haber participado en el atentado contra el Presidente de la República el pasado 7 de septiembre. Dado que se les aplica la ley antiterrorista esas personas están amenazadas de ser procesadas por un tribunal militar y de la pena de muerte. Ya durante su encarcelamiento tememos por la vida de las personas mencionadas.

Le exigimos a Vd

- que admita la presencia de observadores internacionales que puedan controlar las condiciones de los presos en la cárcel
- que se les juzga por un juzgado civil y no por un tribunal militar
- que admita la presencia de observadores internacionales en el proceso

*Uns ist bekannt geworden, daß die chilenische Regierung am 23.10. 1986 die Verhaftung folgender Personen bekanntgegeben hat:*

*Juan Moreno Avila*

*Víctor Leodoro Díaz Caro*

*Arnoldo Hernán Bejas*

*Lenín Fidel Peralta Véliz*

*Jorge María Angulo González*

*Ihnen wird zur Last gelegt, an dem Attentat gegen Präsident Pinochet am 7.9.1986 beteiligt gewesen zu sein. Diesen Personen drohen nach den Anti-Terrorgesetz ein Prozeß vor einem Militärgericht und die Todesstrafe.*

*Wir fürchten schon in der Haft um das Leben dieser Personen.*

*Wir fordern Sie auf*

- internationale Beobachter zuzulassen, die die Haftbedingungen dieser Personen im Gefängnis jederzeit überprüfen können
- die Prozesse gegen diese Personen vor einem ordentlichen, zivilgericht durchführen zu lassen und nicht vor einem Militärgericht
- während des Prozesses internationale Beobachter zuzulassen

## Wahlen an den Unis: Stellvertreter-Politik

Ende Oktober fanden die ersten Wahlen dieses Jahres für die Studentenvertretungen an chilenischen Unis statt - trotz des Belagerungszustands. Angesichts der politischen "Rezession" unter dem Belagerungszustand werden sie nicht nur von der Opposition auch als Stimmungsbarometer über das Unigelände hinaus angesehen.

Aus diesem selben Interesse, so vermutet die christdemokratische Zeitschrift "HOY", habe die Diktatur die Wahlen nicht verhindert. (Übrigens ist HOY die einzige oppositionelle Zeitschrift, deren Erscheinen unter dem Belagerungszustand nur kurzfristig verboten wurde - ??) Wir beschreiben die Ergebnisse an Chiles größter Universität, der Universidad de Chile. Dort gewann mit leichtem Vorsprung (39,2 o/o) der von den Christdemokraten angeführte Block (einschließlich Nunez-Sozialisten und einer Gruppe "Humanistas") vor der Liste des MDP (einschließlich der Christlichen Linken [IC], Mapu und den Radikalen [JRR] mit 38,4 o/o. Die Rechte kandidierte mit zwei Listen [UN-UDI: 12,6; PN: 6 o/o.)

Auf den ersten Blick entspricht das Ergebnis weitgehend dem Vorjahr, zumindest was das Kräfteverhältnis "bürgerliche Opposition" - "linke Opposition" angeht. Auf der anderen Seite gab es im Vorjahr eine weitere linke Liste (mit rund tausend Stimmen), die sich diesmal überwiegend dem MDP-Block anschloß. Das vorliegende Zahlenmaterial erlaubt aber nicht, diese Verschiebungen genauer zu untersuchen.

Wichtiger dürfte folgende Frage sein: Was machen die Studenten mit diesem Wahlergebnis nach Hamburger Art? Nach dem Reglement ist eine zweite Wahlrunde zwischen den beiden stärksten Gruppen fällig. Seitens der DC-Mutterpartei gilt ein striktes Koalitionsverbot gegenüber der marxistisch-leninistischen Linken, sprich MDP; das war 1985 nicht anders (nur 1984, bei den ersten Studentenwahlen, kandidierte die Opposition mit einer gemeinsamen Liste ...) Im Vorjahr jedoch unterließ die DC-Jugend das Tabu, indem sie mit den linken Studenten nach der ersten Runde einen gemeinsamen ASTA-Vorstand auskugelte und so die zweite Wahlrunde überflüssig machte. In diesem Jahr signalisierte der DC-Spitzenkandidat v o r der Wahl, er würde, als Zweitplazierter, nicht antreten, um n i c h t mit

den Stimmen der Rechten in zweiter Runde gewählt zu werden. Daß die Linke sich einer solchen Absprache unter (oppositionellen) Brüdern widersetzen würde, ist gewiß nicht zu erwarten. Ob aber die DC-Führung soviel politische Flexibilität der Jugend auch dieses Jahr, nach ihren rabiaten Attacken gegen jederlei Gemeinsamkeit mit den "Kommunisten", noch einmal zuläßt - das genau ist die Frage, auf deren Beantwortung sicher nicht nur wir mit einiger Neugier warten.

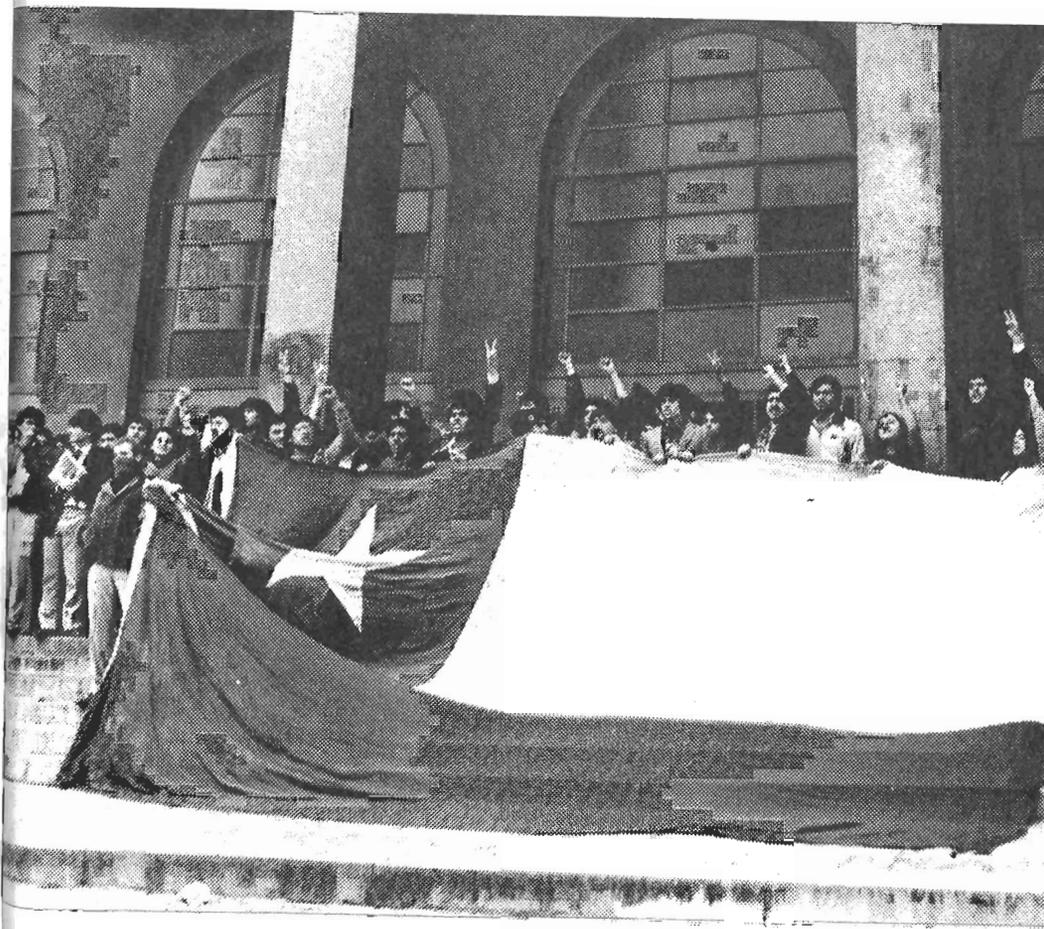


Foto: AFI, Chile

## ARGENTINIEN

### Ende der Unterdrückung der indianischen Urbevölkerung?

Gegen die öffentlichen Feierlichkeiten zum "Día de la raza" (Tag der - europäischen - Rasse am 12. Oktober zum Gedenken an die "Entdeckung" Amerikas) fand in der Innenstadt von Buenos Aires eine Protestdemonstration statt, zu der das Zentrum der Kolla-Indianer und die Vereinigung der Indígenas in Argentinien (A.I.R.A.) aufgerufen hatte.

Für die indianische Urbevölkerung war der 12.10.1492, als Kolumbus Amerika entdeckte, kein Grund zur Freude. Der maßlosen Gier nach Gold, Silber und Rohstoffe und der Unterwerfung Amerikas durch die weißen Eroberer fielen 10 Millionen Indios zum Opfer, eine Million starben allein in den Silberminen von Potosí.



PROTESTMARSCH GEGEN DIE FEIERN ZUM DIA DE LA RAZA  
 "Die indianischen Völker marschieren für die Freiheit und gegen jegliche Unterdrückung eines Volkes in der Welt"

Die Hauptforderung der Protestdemonstration am "Día de la raza" galt der Anwendung des 1985 verabschiedeten "Gesetzes über die Eingeborenenpolitik und die Unterstützung ihrer Gemeinden". Etwa 1.000 Menschen nahmen an der Kundgebung teil - eine Zahl, die sowohl auf die Situation der Indígenas als kleine Minderheit und auf die geringe Bereitschaft der indianischen Urbevölkerung verweist, ihre Interessen in den Formen der "weißen" argentinischen Politik zu vertreten.



Etwa 300.000 (ca. 1% der 30 Millionen Argentinier) sind Indígenas. Die AIRA nennt die Zahl 344.000, der staatliche Zensus 250.000. Sie gehören 14 Stämmen an; der größte - die Kollas in der Provinz Jujuy - umfaßt etwa 100.000 Mitglieder, während das Aussterben der Onas auf Feuerland und der Tehuelches in Patagonien bereits absehbar ist, da nur noch wenige Erwachsene dieser Stämme leben.

Die Stämme lassen sich nach kulturellen und sprachlichen Kriterien in einigen Gruppen zusammenfassen. Alcalufes, Yaganes (oder Yamana) und Tehuelches leben im äußersten Süden, in den Provinzen Santa Cruz und Chubut. Die Mapuches, auch Araucanos genannt, bilden mit 34.000 Menschen in einigen Gegenden der patagonischen

Provinzen Neuquén und Río Negro bis zu 37% der Gesamtbevölkerung. Die Gruppe der Toba, Matacos und Chiriguano (ca. 50.000) lebt im Gran Chaco. Die Guaranís (oder Chiriguano) und die Chané sind in Misiones und im äußersten Westen von Salta und Jujuy beheimatet wo auch Indios der Quechua- und Aymara-Sprachgruppe leben. Vor

allem in Tucumán und Catamarca sind die Diaguito-Calchaquiés (ca. 60.000) angesiedelt. Die größte Gruppe bilden die Kollas in Jujuy die Aymara sprechen. (1)

Daß Argentinien zu den amerikanischen Ländern mit dem geringsten Anteil an autochthoner Bevölkerung zählt, ist nicht zuletzt das zweifelhafte "Verdienst" des später viel gelobten Präsidenten Roca, dessen Feldzüge in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts reine Massaker waren. In der offiziellen Kultur und Geschichtsschreibung wird von der "Eroberung der Wüste" gesprochen und die Verteidigung der Zivilisation gegen die blutigen Indianerhorden gerühmt. Dabei erhielten noch um die Jahrhundertwende argentinische Soldaten eine Goldprämie für die Hodenpaare ermordeter Indianer. (2)

Noch heute sind die einstige Beherrscher Lateinamerikas marginalisiert und auf die unterste Stufe der sozialen Hierarchie in Argentinien gedrängt. Dort, wo sie noch über eigenes Land verfügen wie z.B. im Gran Chaco, ist es so unfruchtbar, daß sie und ihre Kinder unterernährt sind. Angesichts weithin fehlender ärztlicher Versorgung leiden sie stärker als andere Gesellschaftsgruppen an Krankheiten wie Tuberkulose und der heimtückischen und unheilbaren Chargaskrankheit. Die Analphabetenquote liegt weit über dem gesellschaftlichen Durchschnitt von 6%. Viele sprechen nicht flüssig spanisch.

Als Wanderarbeiter auf den Feldern oder als Minenarbeiter - z.B. in 4.500 m Höhe in Jujuy - verdienen sie niedrigere Löhne als ihre weißen Kollegen. Ohne Anspruch auf Rente oder andere staatliche Unterstützung, häufig auch ohne Ausweise versuchen viele der ländlichen Arbeitslosigkeit durch Abwanderung in die Städte, vor allem nach Buenos Aires, zu entgehen. Hier hausen sie dann in den villas miserias, den Elendsviertel. Die wenigstens von ihnen finden Arbeit als Straßenbauarbeiter oder die Frauen als Dienstmädchen. Andere versuchen, sich mit Kunsthandwerk über Wasser zu halten, das sie auf den Märkten oder an Händler verkaufen, die sie z.T. durch die Bezahlung in Naturalien - darunter auch Alkohol - doppelt ausbeuten.

Angesichts des vielerorts spürbaren Rassismus verleugnen viele ihre Identität als Indígenas, nehmen spanische Namen an, sprechen nicht mehr ihre Sprache, verlassen ihre Familie - und suchen schließlich Zuflucht im Alkohol.

Die Verleugnung der eigenen Identität ist von Stamm zu Stamm unterschiedlich stark ausgeprägt - am stärksten bei den Kollas, von denen sich viele als Jujenos (Bürger Jujuy) bezeichnen. Tobas, Matacos und Calchaquiés haben demgegenüber ein ausgeprägtes Bewußtsein ihrer kulturellen Identität.

Mit der Gründung des Koordinationsgremiums "Mesa Coordinadora de los Instituciones Indígenas" (1962) wurde versucht, den Zusammenschluß der weit auseinanderlebenden Stammesgruppen einzuleiten.

1971 wurde beim 1. Indígena-Parlament in Neuquén ein Aktionsplan aufgestellt, der Forderungen nach Land, zweisprachiger Erziehung, gesundheitlicher Versorgung und der Akzeptierung der kulturellen Normen der Indígenas umfaßte. Am 25. April 1975 organisierten sich die 14 Stämme in der AIRA (Asociación Indígena de la República Argentina), die ab 1976 den Status einer juristischen Person besitzt und Mitglied des Indiorates von Südamerika (CISA) ist. Außerdem sind noch einige weitere Organisationen auf Stammesebene entstanden: das Centro Indianista der Universität Tucumán, ein Toba-Zentrum in Rosario, das Centro Indianista Hunuc Huar in der Provinz San Juan, verschiedene Kolla-Zentren in Jujuy sowie in Buenos Aires und Adrogué, die Comunidad Indígena de los Valles Calchaquiés und das Mapuche-Zentrum in El Bolsón. Im Kolla-Zentrum von Buenos Aires wird die Zeitschrift "Pueblo Indio" herausgegeben, von der bisher drei Ausgaben erschienen sind (Postadresse: Casilla de Correo 305, Sucursal 3-B, 1404 Buenos Aires).

## DAS GESETZ ZUR INDIGENA-POLITIK

Die Arbeit von AIRA, ihre Intervention bei den verschiedenen Parteien und das Engagement einzelner Abgeordneten führten dazu, daß im September 1985 das Gesetz über die Indianerpolitik und die Unterstützung der Eingeborengemeinden verabschiedet wurde. Nachdem die Innenminister der Militärdiktatur - Harguindeguy und Costa Mendez - Argentinien noch als "Land der Weißen" definiert hatten, trat nach dem Malvinenkrieg immer stärker eine Abwendung vom Eurozentrismus und eine Rückbesinnung auf die amerikanischen Wurzeln auf. In der euphorischen Aufbruchstimmung der jungen Demokratie sollte dann eine "Wiedergutmachung an den Ureinwohnern" geleistet werden, wie es in der Parlamentsdebatte immer wieder hieß.

Tatsächlich wurde das im wesentlichen von AIRA-Mitgliedern gearbeitete Gesetzesprojekt "zu 90% angenommen" (AIRA) und dementsprechend als Erfolg gefeiert. Zum ersten Mal in der Geschichte Argentiniens waren die Ureinwohner und ihre Forderungen gesetzlich anerkannt worden.

In den 25 Artikeln des Gesetzes werden folgende Forderungen der Indígenas aufgenommen: Vergabe von geeignetem Land (Art. 7), bilinguale und bikulturelle Erziehung (Art. 14-17), ausreichende medizinische Versorgung (Art. 18), Wohnungsbau und Schaffung eines Nationalen Instituts für Indianerangelegenheiten (INAI) unter Beteiligung der Indígenas sowie die Anerkennung der indianischen Gemeinden als Rechtspersonen. Ungeklärt blieb die Übereignung von Privatland, auf dem z.T. bereits Indianer wohnen, und die Rentenfrage.

Seit der Verabschiedung ist nun ein Jahr vergangen, ohne daß das Gesetz in die Praxis umgesetzt worden wäre, da noch die Verabschiedung eines Dekrets fehlt, das die konkrete Umsetzung der Paragraphen regelt. Im Entwurf zu diesem Dekret tritt an die Stelle

des INAI ein Nationales Direktorium für Indianerangelegenheiten (DINAI), in der die Indígenas in nur geringem Maß vertreten sind und das dem Gesundheits- und Sozialministerium untergeordnet ist. "Statt einer selbständigen Repräsentation entsteht nun eine Abteilung im zweiten Untergeschoß einer riesigen Bürokratie", kommentiert Juan Jacinto Navarro, Präsident von AIRA, diese Verwässerung des ursprünglichen Gesetzes.

Die Perspektiven der Indigenapolitik werden von anderen Mitgliedern des AIRA-Leitungsgremiums so eingeschätzt: "Das Dekret wird in dieser Legislaturperiode wohl nicht mehr verabschiedet werden. Wir können auch keine Kampagne durchführen, da uns dazu der Apparat und die Mittel fehlen. Ohne staatliche Subventionen finanzieren wir uns lediglich durch geringe Beiträge und Spenden, u.a. von zwei holländischen Organisationen. Das Wahljahr 1987, in dem infolge der Wahlpflicht auch die Indígenas wählen müssen, ist ein politisch günstiger Zeitraum, um die Verabschiedung des Dekrets durchzusetzen."

Eine tatsächliche Umsetzung des Gesetzes könnte in Argentinien dem zur Geltung verhelfen, was im Vorstandszimmer der AIRA unter einem großen Bild des historischen Indianerführers Tupac Amaru steht: "Die indianischen Völker werden keine Sklaven sein."

Die Adresse von AIRA: Balbastro 1790, 1406 Capital Federal

#### ANMERKUNGEN:

- 1) Isabel Hernández: Los indios y la antropología en la Argentina Buenos Aires 1984
- 2) Eduardo Galeano, Die offenen Adern Lateinamerikas, Wuppertal 1983, S. 60

## BOLIVIEN

### Die Töchter der Bartolina Sisa

Nach der Nationalen Revolution von 1952 und der mit ihr einhergehenden Landreform, die einen Großteil der indianischen Landbevölkerung zu landbesitzenden Bauern gemacht hatte, setzten sich die Bauerngewerkschaften als wichtigste Organisation auf dem Lande durch. Die wichtigsten Merkmale der früheren traditionellen Dorfgemeinschaftsstruktur wurden in der Bauerngewerkschaft mitübernommen. So blieb auch die Tradition bestehen, daß jedes Mitglied einer bäuerlichen Dorfgemeinschaft automatisch auch Mitglied der Gewerkschaft ist. Den Kern der kommunalen Bauerngewerkschaft bildet die Familie, vertreten durch das Familienoberhaupt – also den Mann. Nur in jenen Fällen, in denen das Familienoberhaupt verstorben oder aus anderen Gründen nicht anwesend war, beteiligte sich die Bauersfrau direkt an der gewerkschaftlichen Organisation. Obwohl es üblich war, Entscheidungen gemeinsam zwischen Mann und Frau zu fällen, blieb somit die Beteiligung der Frauen reduziert auf indirekte Formen.

Im Bewußtsein der indianischen Bäuerinnen blieb dennoch verankert, daß auch ihre Vorfahrinnen eine wichtige Rolle in allen sozialen Auseinandersetzungen gespielt hatten. Ebenso wie sich die Männer der Bauerngewerkschaft in ihren Emanzipationsbestrebungen auf Tupac Katari zurückbezogen, den Anführer der indianischen Rebellion Ende des 18. Jahrhunderts, entdeckten nun die Frauen Tupac Kataris Frau und Kampfgefährtin Bartolina Sisa als ihre Identifikationsfigur.

Während der Erfahrungen im Widerstand gegen das Banzer-Regime (1971-1978) gewannen die Bauersfrauen neues Selbstbewußtsein und die traditionellen Organisationen wurden ihnen zu eng. Während ihre Männer und Gewerkschaftsvertreter mit der Reorganisierung der bis dahin staatlich streng kontrollierten Bauerngewerkschaft gegen Ende der 70er Jahre begannen, wuchs bei den Frauen der Entschluß, eine eigene Organisation der Bauersfrauen zu gründen, die zwar dem Verband der männlich dominierten Bauerngewerkschaft untergeordnet bleiben, aber dennoch eine kontinuierlichere und organisierte Beteiligung der Bäuerinnen ermöglichen sollte. Zumindest anfangs erhielten sie die Unterstützung der Bauerngewerkschaft, da diese sich eine Stärkung ihres Verbandes dadurch versprach.

Ihre Beweggründe erklärte eine der Anführerinnen der Bauersfrauen: "Dieses Bedürfnis entstand, weil die Bauersfrau bis-

her in keinerlei Organisation berücksichtigt worden war, viel weniger noch in den Gewerkschaften. Wir Bäuerinnen sind in jeder Hinsicht diskriminiert, insbesondere aufgrund der wirtschaftlichen Bedingungen, die uns zwingen, uns mehr um die landwirtschaftlichen Arbeiten und um die Familie zu kümmern."

Um diesen Entschluß in die Praxis umzusetzen, mußten jedoch noch viele Hindernisse überwunden werden, und nicht nur solche, die von außen kamen. "Wenn wir Frauen uns zu organisieren wünschen, fragen wir erst unseren Ehemann; die Frau fällt keine eigenen Entscheidungen. Aber die Zeit ist jetzt gekommen, daß wir Frauen selbst denken und unsere eigene Organisation gründen."

Die Erzählungen der organisierten Bäuerinnen zeigen, daß dieser Schritt mehr durch ihre Ehemänner als durch die jeweiligen Regierungen erschwert wurde. "Manchmal stritten sich Mann und Frau. Etwas begann sich zu verändern in den Gewohnheiten, zum Nutzen der Frauen."

In der bolivianischen Gesellschaft gibt es abgesehen von den tradierten Geschlechterrollen noch weitere Hindernisse für die Bäuerinnen: "... es ist schon wahr, daß die Bäuerin - mich eingeschlossen - nicht viel von Politik versteht. Politik ist eine Sache der Städter." Die Regeln der Politik sind festgelegt von den städtischen Kreolen, darin besteht auch kein Unterschied zwischen "Linken" und "Rechten". Für die Bäuerinnen sind diese Regeln der Politik noch schwieriger zu handhaben aufgrund ihrer Benachteiligung in der Bildung und ihrer geringen Kenntnisse der spanischen Sprache. Trotz ihres Selbstbewußtseins, das während der letzten Jahre enorm an Stärke gewonnen hat - nicht zuletzt aufgrund ihrer aktiven Rolle in der landwirtschaftlichen Produktion -, sind die Bauersfrauen noch gehemmt durch vielerlei Minderwertigkeitskomplexe und Unsicherheiten, die tief verwurzelt und daher nur schwer überwindbar sind.

Trotz alledem wurde im April 1978 das erste Treffen der Bauersfrauen des Departement La Paz durchgesetzt. Um die 300 Frauen nahmen daran teil. "Aber in Wirklichkeit wußten wir nicht, wie wir sprechen oder wie wir Resolutionen verabschieden sollten. Noch viel weniger wußten wir, wie solche Resolutionen schriftlich verfaßt werden müssen." So wandten sie sich an ihre Gefährten des Bauernverbandes, dem sie sich ja auch angeschlossen hatten, um sich beraten zu lassen. Nach diesem ersten Treffen in La Paz begannen die Bäuerinnen einen Nationalen Kongress der Bauersfrauen zu organisieren. Obwohl ihre eigene Organisation gerade die ersten Schritte gemacht hatte und von einer Konsolidierung noch weit entfernt war, mußten sie sich dem Kampf gegen den Putsch von General Natusch Busch (November 1979) stellen. In blutigen Straßen-

kämpfen, Streiks und Straßenblockaden auf dem Lande gelang es, die Putschisten in ihre Kasernen zurückzutreiben.

Erstmals in der Geschichte Boliviens wurde eine Frau zur Präsidentin der Nation. Die Freude der Bäuerinnen und ihre Hoffnung, mit einer Frau an der Regierung ihre Emanzipationsbestrebungen stärken zu können, wichen sehr bald einer gründlichen Enttäuschung. Kaum an der Macht, erließ die Präsidentin ein "Wirtschaftspaket", das insbesondere die Bauern benachteiligte. "Unsere Gefährten verspotteten uns ... Wir waren moralisch wirklich geschlagen."

Dennoch traten gerade die Bauersfrauen im Kampf gegen das verhaßte "Wirtschaftspaket" besonders hervor. Über mehr als zwei Wochen wurden durch Straßenblockaden der Bauern der Verkehr im Land lahmgelegt und die Städte nicht mehr mit landwirtschaftlichen Produkten versorgt. Mit den Fabrik- und Bergarbeitern wurden Abkommen geschlossen, um den gemeinsamen Widerstand zu koordinieren und um sie mit den nötigen Nahrungsmitteln vom Lande weiter zu versorgen. Während dieser eindrücklichen Machtdemonstration der Bauern übernahmen die Frauen zusammen mit ihren Kindern die Kontrolle der Straßenblockaden während des Tages, während der Nacht wurden sie von ihren Männern abgelöst.

Nach diesen Kämpfen eröffneten die Bäuerinnen im Januar 1980 ihren 1. Nationalen Kongreß mit umso mehr Enthusiasmus und Freude. Die jüngste Erfahrung half auch, die traditionellen lokalen Rivalitäten und kulturellen Unterschiede zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen zu überbrücken. Der Kongreß wurde zu einem Ritual für einen neuen Beginn. "Die Männer ahnten gar nicht, was sie hier zugelassen hatten."

In den Kongreßbeschlüssen spiegelt sich klar der Wille wider, gemeinsam mit dem Bauernverband und dem Gewerkschaftsdachverband COB für eine neue Gesellschaft ohne Ausbeutung der Klassen, der indianischen Völker oder der Frauen zu kämpfen. Die einzelnen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Forderungen unterschieden sich jedoch kaum von den Forderungen der männlichen Organisationen. Obwohl die Frauen während des Kongresses stets von ihren eigenen Erfahrungen ausgegangen waren, blieben die konkreten Bezüge zur Situation der Frau in den Erklärungen und Beschlüssen ausgespart. Die Kongreßteilnehmerinnen bevorzugten diesen Kompromiß, damit sie nicht als "Feministinnen" abqualifiziert werden konnten und auch, um sich das Ansehen einer "seriösen" Organisation zu geben, was in der bolivianischen Politik- und Gewerkschaftskultur voraussetzt, die Dinge nicht konkret, sondern möglichst abstrakt darzulegen.

Im folgenden Jahr wurde der 1. Mai zur nächsten Demonstration des neugewonnenen Selbstbewußtseins des Nationalverbandes

der Bauerstraßen. Mehr als 2'000 Bäuerinnen marschierten mit ihren Fahnen und Spruchbändern durch die Straßen von La Paz, gekleidet in den jeweiligen Farben der einzelnen Regionen. Die Bäuerinnen setzten sich über die Klassenunterschiede und die Diskriminierung der indianischen Bauern in der Stadt hinweg und machten ihre Straßen zum Szenarium einer Einheit, innerhalb der sie sich im Vergleich zu den Frauen aus der Stadt oder den Minen eine Vorrangstellung erkämpft hatten.

Aber erneut wurde der zerbrechlichen Demokratie ein Ende gesetzt: Mit dem Putsch vom 17. Juli 1980 errichtete General García Meza seine Schreckensherrschaft. Die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen und Aktivisten wurden verfolgt, eingesperrt, exiliert und ermordet. Erstmals in der Geschichte der bolivianischen Arbeiterbewegung wurde die COB von einem Bauernführer geleitet, bis seine Verfolger ihn aufspürten und mit Schußverletzungen für immer in den Rollstuhl zwangen. "Sein Opfer stärkte unsere Einheit und unseren Willen." "Um unsere Kontakte nicht abbrechen und unsere junge Organisation nicht untergehen zu lassen, haben wir Handwerkskurse oder Genossenschaften organisiert." Mit einem grossen Hungerstreik im Februar 1982 gelang es dann, die Militärs zum Rückzug in die Kasernen zu zwingen.



Mit der Wiedereinsetzung einer verfassungsmäßigen Regierung im Oktober 1982 waren die Schwierigkeiten für die Gewerkschaft der Bauersfrauen jedoch noch längst nicht beendet. Auf dem 2. Nationalen Kongreß des Bauernverbandes wurden ihre Erwartungen erneut enttäuscht. Sowohl das Präsidium als auch die neugewählte Führung der Bauerngewerkschaft bestand ausschließlich aus Männern. "Wir mußten uns darum kümmern, für die Männer zu kochen, über 1'500 waren es, so daß wir in den Kommissionen nicht mitarbeiten konnten." Ihre Schlußfolgerung "während des Widerstands haben wir Frauen eine wichtige Rolle gespielt, aber kaum herrscht wieder Demokratie, werden die Frauen erneut in den Hintergrund verwiesen", ist damit durchaus berechtigt.

Im November 1983 fand der 2. Nationale Kongreß der Gewerkschaft der Bauersfrauen statt, der im Vergleich zum 1. Kongreß äußerst deprimierend verlief. Ebenso wie bei den Gewerkschaftsorganisationen der Männer waren nach der Demokratisierung endlose Dispute und Rivalitäten zwischen den verschiedenen politischen Tendenzen in den Vordergrund gerückt. Hinzu kam der Konflikt mit der Führung des Bauernverbandes, die die Forderung der Bauersfrauen nach selbständiger Verwaltung der eigenen Finanzen nicht akzeptieren wollte. Dieselben Bäuerinnen, die ein paar Jahre zuvor explizit Wert darauf gelegt hatten, Vielfalt und Unterschiedlichkeit in einer einheitlichen Organisation zu verbinden, waren nun in feindliche Blöcke gespalten. Die Auseinandersetzungen zwischen den Kongreßteilnehmerinnen reichten bis hin zu körperlicher Gewalt. Derjenige Block, der sich mit der Führung der Bauerngewerkschaft identifizierte, bezichtigte den anderen, der mehr Autonomie verlangte, "feministischer" Abweichungen - eine Diffamierung, die im Kontext der bolivianischen Gesellschaft zu verstehen ist.

Die Risse, die auf dem 2. Nationalen Kongreß in der Organisation offenbar geworden waren, konnten nur sehr mühsam wieder gekittet werden. Eine Spaltung konnte man (muß wohl 'frau' heißen! d. S.) zwar verhindern, der Enthusiasmus von früher hatte jedoch dem Kalkül der Anführerinnen zu weichen, die sich Hausmächte zur Festigung ihrer Position suchten.

Die Organisation der Bauersfrauen verließ zwar nicht den Bauernverband, die Beziehungen blieben aber getrübt. Mit der Gründung von CORACA (bäuerlich-landwirtschaftliche Vereinigung), die das produktive Standbein des Bauernverbandes werden sollte, wuchsen die Spannungen. Die ehrgeizigen Pläne der CORACA förderten das Entstehen von Cliquen, die unter dem Deckmantel des Bauernverbandes persönliche Interessen durchsetzten. "Wir haben darauf bestanden, uns an CORACA zu beteiligen, wie man uns das am Anfang versprochen hatte. Aber bis jetzt wurde unsere Beteiligung verhindert." "Uns

interessieren die konkreten Sachen, und dort bei CORACA sahen wir nicht klar." Die Argumente der Frauen zeigen, wie stark ihr Selbstbewußtsein in den letzten Jahren gewachsen war und wie sie sich nun sogar zutrauten, es besser zu machen als ihre Männer. Mindestens ebensowichtig aber ist es, festzustellen, daß sie dem üblichen Politikverständnis der Männer ein eigenes entgegenzusetzen begannen, das die vertikalen Formen nicht weiterhin unhinterfragt läßt.

Die persönlichen Erfahrungen einer der Bauersfrauen während eines gemeinsamen Hungerstreiks zusammen mit der Bauerngewerkschaft drücken diese Verschiebung vielleicht noch deutlicher aus: "Die Männer lagen da auf dem Boden und lasen Heftchen. Wir hingegen saßen und strickten, arbeiteten ... Die Ereignisse machten uns stärker und dabei entdeckten wir, daß unsere Stärke nicht in Worten, sondern in der Haltung liegt."

Auf dem 6. Kongreß des Gewerkschaftsdachverbandes COB (September 1984) zeigte sich erneut, wie wenig die Bauersfrauen respektiert werden. Die Petition, innerhalb der COB solle eine Kommission für Frauenfragen eingerichtet werden, wurde vom Präsidium des Kongresses ganz einfach verschlampt und boykottiert. "Aber das war nicht alles, sie gaben uns kaum Redezeit: Man räumte uns knapp eine Stunde ein, nachdem wir ihnen geduldig und höflich mehr als eine Woche zugehört hatten. Und außerdem benutzten die Männer die Zeit, als wir das Wort ergriffen, um rauszugehen, um Kaffee zu trinken und zu diskutieren, als ob Pause wäre."

Die wenigen Frauen der verschiedenen Sektoren, die an dem Kongreß teilnehmen konnten, erreichten kaum bessere Resultate untereinander. Die Bäuerinnen erfuhren, daß die mittelständischen städtischen Frauen sie herumkommandieren wollten, wie sie das bei ihren Dienstbotinnen gewöhnt sind. Zwischen den Vertreterinnen der Hausangestellten und der Hausfrauenkomitees der armen Viertel von La Paz wurden zwar Koordinationsmöglichkeiten diskutiert, aber schließlich kam es zu keiner konkreten Zusammenarbeit. Trotz der Enttäuschung, nicht einmal eine Vertretung in der neugewählten COB-Führung für die Frauen durchgesetzt zu haben, versuchte die Vertreterin der Bäuerinnen eine positive Lehre daraus zu ziehen: "... es ist nicht gut, viele Sachen machen zu wollen, ohne einen langen Weg gegangen zu sein und ohne daß diese Ideen auch in unserer Basis verankert worden wären. Andernfalls würden wir in dieselben Fehler des Denkens in Führungspositionen verfallen wie unsere Gefährten."

Bereits seit einem Jahr ist nun der einstige Revolutionsführer von 1952, Victor Paz Estenssoro, erneut an der Macht. Der harte Konfrontationskurs und das absolute Desinteresse der Regierung, mit den gewerkschaftlichen Organisationen Konsens-



lösungen zu suchen, stellt auch die Organisation der Bauersfrauen auf eine harte Probe. Ohne Möglichkeiten, in Verhandlungen mit den Obrigkeiten Zugeständnisse für die Gewerkschaftsbasis zu erlangen, können auch die Bauersfrauen ihre Organisation vor Schwächung nicht schützen. Die unvorstellbare Härte der Wirtschaftskrise fördert unter solchen Bedingungen nicht nur Solidarität, sondern auch mehr und mehr individualistische Überlebensstrategien, die den Zielsetzungen der Organisation entgegenstehen. Deshalb versucht nun die Gewerkschaft der Bauersfrauen, kleine einfache Produktionserfahrungen - beispielsweise mit Gewächshäusern - zu entwickeln. Der damit verbundene Umgang mit Geldern internationaler Stiftungen und "Entwicklungshilfe"organisationen stellt aber auch gleichzeitig ein neues Risiko dar, sind doch gegenseitige Beschuldigungen, sich selbst oder die eigene Region bevorteilt zu haben, oft schnell zur Hand. Die Gratwanderung der Organisation der Bauersfrauen hat aber inmitten der sich in Bolivien immer mehr ausbreitenden Resignation dennoch eine Bedeutung, die weit über die Bedürfnisse und Zielsetzungen des eigenen Bereiches hinausreicht.

# BRASILILIEN

## Neue alte Republik?

### DER CRUZADO-PLAN

Seit Februar 86 hat die Regierung Sarney mit dem Cruzado-Plan die Preise für die wichtigsten Produkte eingefroren. Anfangs herrschte große Skepsis, ob die Regierung imstande sein würde, diese Radikalkur gegen die Inflation auch effektiv durchzusetzen. Präsident Sarney appellierte an die Bevölkerung, "Soldaten des Cruzado-Plans" zu werden (so nach der neuen Währung Cruzado genannt, die die alte, den Cruzeiro, ersetzt hat) und über die Einhaltung der festgefrorenen Preise seitens der Supermärkte, Geschäfte und Restaurants zu wachen. Das wurde anfangs mit viel Enthusiasmus befolgt, zumal die Bevölkerung ein ureigenstes Interesse daran hatte, nicht von ihren ebenfalls eingefrorenen Löhnen Waren über dem offiziellen Preis zu kaufen. Einige Unternehmer oder Supermarktketten, die allzu offensichtlich erhöhte Preise verlangten, weil sie nicht an die Durchsetzungsfähigkeit der Regierung glaubten, wurden schnell eines besseren belehrt: zertrümmerte Scheiben waren die Folge und die öffentliche Brandmarkung als Saboteur des Cruzado-Plans und Ausbeuter des brasilianischen Volkes in Presse, Radio und Fernsehen waren die Folge.

Und wirklich: Die Verschlechterung der Kaufkraft, die durch die stets der Inflation nachhinkenden Löhne verursacht wurde, kam erstmals zum Stop. Selbst die gewerkschaftsnahen Statistiker errechneten, daß die Kaufkraft des Mindestlohnes seit Februar sogar ein wenig gestiegen sei (was natürlich nicht bedeutet, daß dieser nun zum Überleben für eine Familie ausreichen würde, dafür sind ca. 4,5 Mindestlöhne notwendig). Der Cruzado-Plan bewirkte eine Ankurbelung des Massenkonsums (Grundnahrungsmittel, Textilien, usw.) Auf der anderen Seite aber spekulieren viele Unternehmer auf das baldige Ende des Planes (das eigentlich erst für Februar 87 vorgesehen ist) und halten ihre Waren zurück bzw. greifen auf verschiedene Tricks zurück um die Preiseinfrierung zu umgehen. So verlangen sie z. B. einen höheren Preis, quittieren beim Verkauf aber nur den offiziellen. Der Rest wird unter der Hand bezahlt, es gibt keine Be-

weise. Die Zwischenhändler geben diese Erhöhung weiter und letztendlich muß der Verbraucher die Differenz, genannt "ágio", bezahlen. Eine andere Möglichkeit ist die Kosmetik von Produkten: Ein Produkt mit festem Preis wird aus dem Markt gezogen, die Packung und der Name werden verändert und mit neuem, sprich höherem Preis wieder verkauft. Dasselbe können z. B. auch Gastwirte mit ihren Menus machen. Die für die Überwachung zuständige Behörde (SUNAB) war natürlich schnell überfordert, so daß die Regierung jetzt eine neue, effizientere Behörde aufbauen will. Dem Konsumenten bleibt nur die Wahl entweder den Aufpreis zu bezahlen oder auf die Ware zu verzichten, wenn zum eingefrorenen Preis keine angeboten wird.



Seit Monaten herrscht deswegen Mangel an bestimmten Grundnahrungsmitteln wie Milch und Fleisch, überall wird das Schlangestehen für diese Produkte zum Alltag. Dadurch wird der ganze Cruzado-Plan natürlich weniger attraktiv, wenn jeden Tag Stunden beim Schlangestehen verloren gehen oder einige Nahrungsmittel überhaupt nicht zu erhalten sind und durch andere ersetzt werden müssen. Der Regierung ist das auch bewußt, und so ist der Konflikt mit den Viehzüchtern so weit eskaliert, daß sie auf dem Weltmarkt Tausende von Tonnen Trockenmilch (aus dem verstrahlten Europa für die brasilianischen Babies) und tiefgefrorenes Fleisch eingeführt hat und Anfang Oktober sogar angefangen hat, Vieh auf den brasilianischen Weiden zu konfiszieren. So haben sich in Brasilien einige neue Fronten aufgetan: Regierung versus Viehzüchter und Regierung versus einige Großunternehmer, auch Multis, die gegen den Cruzado-Plan sind, und auch versuchen, gegen den Plan Stimmung zu machen.



### DIE ENTWICKLUNG DER PARTEIENLANDSCHAFT

Die Fronten sind z. T. relativ verhärtet. Die Regierung bedient sich des Radios und des Fernsehens um z. B. die Viehzüchter als die bösen Buben und als anti-brasilianisch hinzustellen. Sie steht aber auch im Zugzwang: am 15. November sind Wahlen für die verfassungsgebende Versammlung, für die Landtage, für die meisten Gemeinderäte und für die Gouverneursposten der Bundesländer und bis dahin muß die Verbesserung der Lebensbedingungen den Wählern gegenwärtig sein, damit sie wieder die Regierungsparteien PMDB und PFL wählen.

Die brasilianische Parteienlandschaft hat sich aber im letzten Jahr sehr verändert. Mindestens ein Dutzend neue Parteien wurden gegründet, von der "municipalistischen" oder "humanistischen" Partei bis zu einer grünen Partei. Das Ende der zentralistischen Diktatur hat auch die regionale Differenzierung verstärkt. In Rio de Janeiro beispielsweise regiert der Gouverneur Brizola mit seiner sozialpopulistischen PDT gegen eine hier besonders rechte PMDB und die gleichfalls rechte PDS (die Regierungspartei während der Militärdiktatur). Seine Regierung war relativ erfolgreich und zeichnete sich durch populäre Maßnahmen wie die Einrichtung der sog. "CIEP" aus, in denen Schulkinder den ganzen Tag verbringen und kostenlos versorgt werden, aber auch durch seinen autoritären und demagogischen Führungsstil. Im südlichsten Bundesstaat Rio Grande do Sul hingegen ist die PDT eine



Koalition mit der PDS gegen die PMDB eingegangen, und in den meisten anderen Bundesstaaten ist die PDT ziemlich irrelevant. Die PMDB, deren Landesregierung in São Paulo bei der Bevölkerung so schlecht ankam, daß der faschistoide Jânio Quadros im Januar in der Stadt São Paulo zum Bürgermeister gewählt wurde, verstrickt sich hier in den Widersprüchen einer Regierungspartei und befindet sich hier in einer tiefen Krise, so daß sie vielleicht die Wahl in São Paulo verlieren wird. Im Nordosten aber verkörpert sie noch die Oppositionspartei, was sich aber voraussichtlich nach diesen Wahlen ändern wird. Nur, wenn der Nordosten jetzt nicht mehr PDS sondern PMDB wählt, heißt das nicht unbedingt, daß die Wähler dort jetzt eine linke oder weniger rechte Partei wählen, sondern spiegelt die Tatsache wider, daß die PMDB jetzt die Regierungspartei in Brasilia ist - und von dort erhält der Nordosten lebenswichtige Haushaltszuschüsse.

Ähnlich widersprüchlich verhält es sich mit der PT (Partei der Arbeiter)! Ursprünglich aus der oppositionellen Gewerkschaftsbewegung in São Paulo hervorgegangen, ist es ihr kaum gelungen, in anderen Bundesstaaten eine vergleichbare Stärke zu erlangen. Die vielleicht notwendige Oppositionshaltung zur PMDB in São Paulo aber hat die Partei ins sektiererische Abseits in anderen Bundesstaaten geführt. Das Verbot der Koalition mit anderen Parteien hat sogar zur Intervention der Bundespartei z. B. in Bahia geführt, um hier ein auf regionaler Ebene sinnvolles Bündnis mit der PMDB zu verhindern.

### NEUE ALTE REPUBLIK?

Das Urteil über die brasilianische "neue Republik" und den Cruzado-Plan hängt sehr von der vorausgehenden Erwartungshaltung ab. Wer eine grundlegende

soziale Umwälzung erwartet hatte, oder die schnelle Beseitigung vieler Mißstände, wird enttäuscht sein. Auf den ersten Blick ist in Brasilien vieles beim alten geblieben. Ein Beispiel: obwohl die Regierung die repressive Arbeitsgesetzgebung, die seit der Vargas-Diktatur in den vierziger Jahren gültig war, aufgehoben hat, ist die Polizei z. T. sehr brutal gegen Streikende, zuletzt die Bankangestellten, vorgegangen. Als der Gouverneur Brizola sich weigerte, gegen die streikenden Metallarbeiter in Volta Redonda vorzugehen, griff die Bundesregierung ein. Und doch: die Zensur ist schon länger aufgehoben, und die Zeiten der verstümmelten Filme oder der Zeitungen mit vielen schwarzen Balken scheinen endgültig vorbei (mit Ausnahme von Godard's Marienfilm...). Zum ersten Mal seit 40 Jahren sind die verschiedenen KP's wieder legal, besser gesagt zum ersten Mal überhaupt, wenn man von der kurzen Phase 1945-47 absieht. Das mag natürlich an der vorsichtigen Haltung dieser Parteien liegen, die auf regionaler Ebene Bündnisse mit der großen PMDB eingegangen sind und sich auch ansonsten recht zahm benehmen. Die PT sah sich hingegen in diesem Jahr massiven Verleumdungskampagnen der Rechten ausgesetzt. Und zum ersten Mal seit vielen Jahren gibt es einen Wirtschafts- und Finanzminister, der augenscheinlich nicht korrupt ist und versucht, eine alternative Wirtschaftspolitik zu praktizieren, die sich in der Tat von der seines Vorgängers, dem feisten und korrupten Delfin Neto, unterscheidet. Reformansätze gibt es in vielen Bereichen: von der administrativen Reform (Beamte sollen in Zukunft nur noch per Wettbewerb eingestellt werden) über die Bildungsreform zur Agrarreform. Es handelt sich nicht um revolutionäre Versuche, sondern um pragmatische Lösungsansätze des progressivsten Flügels der Bourgeoisie, die soziale Frage nicht mehr auszuklammern oder zur Polizeifrage zu machen, einige der verkrusteten Strukturen der Diktatur zu sprengen, um Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine effektive Weiterentwicklung der brasilianischen Wirtschaft oder des brasilianischen Kapitalismus ermöglichen. Nur scheitern viele Reformversuche, wie z. B. im Agrarbereich, an der Schwerfälligkeit der bürokratischen Strukturen oder dem Widerstand oligarchischer Gruppen. Die "progressive Fraktion" der Bourgeoisie ist zwar an der Macht, aber dafür hat sie einen hohen Preis gezahlt: die Kooptation von Teilen der alten Führungselite und den Kompromiß mit den Militärs, die zwar die politische Macht abgegeben haben,

sich aber "ihre" Bereiche abgesichert haben und sich außerdem das Recht herausnehmen, sich immer dann in die Politik einzumischen, wenn sie die "nationale Sicherheit" gefährdet sehen, oder wenn sie "Revanchismus" (sprich die Forderung nach Aufarbeitung der Verbrechen der Militärs während der Diktatur) wittern.

Außerdem befindet sich die Regierung in dem Widerspruch, den autoritären Zentralismus der Diktatur aufzulösen, was aber bedeuten kann, regionalen Oligarchien den Rücken zu stärken und mehr Mittel gegen die Bundesregierung in die Hand zu geben. wie sich das u.a. bei der Agrarreform gezeigt hat. Deswegen ist der Ausgang der Wahlen, dessen Ergebnis bei Redaktionsschluß noch nicht vorlag, entscheidend für die Fortsetzung dieser gemäßigten Reformpolitik.



# KARIBIK

## Streiflichter aus der Karibik

*Den folgenden, leicht gekürzten Artikel von Rickey Singh entnahmen wir der in Barbados erscheinenden regionalen Zeitung 'CARIBBEAN CONTACT'. Rickey Singh, ein Guyaner, war der Herausgeber dieser Zeitung, bis er in der Hexenjagd im Gefolge der US-Invasion auf Grenada des Landes verwiesen wurde. Trotzdem schreibt er weiter regelmäßig für diese Zeitung. In seinem Artikel in der Oktobernummer beleuchtet er kurz die politische Szene in Grenada, Barbados, Guayana und Belize.*

### GRENADA

Diesen Monat (Oktober d.R.) ist es drei Jahre her, daß die NEW JEWEL Partei ihren eigenen revolutionären Prozeß zerschlagen hat und den Vorwand für die von den USA angezettelte und angeführte Invasion Grenadas lieferte.

In der Hauptstadt St. George's ist noch immer eine Art "Gerichtsprozeß" im Gange, in dem über 18 Angeklagte verhandelt wird, die des Mordes an Maurice Bishop und einiger seiner führenden Genossen in der People's Revolutionary Government (PRG) beschuldigt werden.

Vor den Gerichtsschranken der öffentlichen Meinung in Grenada und der Karibik sind die Verantwortlichen für Bishops Hausarrest und den Sturz der PRG Regierung durch einen revolutionären Militärrat kurz nach der brutalen Exekution des damaligen Premierministers längst für ihre Verbrechen abgeurteilt worden. Wie groß der Haß auf die Mörder von Bishop und seiner Genossen jedoch auch sein mag, im Namen der Gerechtigkeit ist es unerlässlich, daß in dem Prozeß gegen die 18 des Mordes Angeklagten nach normalen Rechtsgrundsätzen verfahren wird.

Es ist in der Tat schwierig, die immer wieder von den Angeklagten vorgebrachten Vorwürfe, sie stünden vor einem "kangaroo court", einem unrechtmäßigen Gericht, und ihnen würde keine "natural justice", keine natürliche Gerechtigkeit widerfahren, zu ignorieren, wenn ihnen weiterhin der Zugang zu grundlegenden Dokumenten (die z.T. von der US Armee gestohlen und in die USA ausgeflogen wurden) verwehrt bleibt.

Oder noch schwerwiegender ist es, wenn es möglich ist, daß die Geschworenen offen ihre Voreingenommenheit demonstrieren und zu erkennen geben, daß sie es kaum erwarten können, die Urteile zu fällen, indem sie in die die Angeklagten verhöhnenden Zwischenrufe aus dem Gerichtssaal einstimmen, während diese in der Anklagebank ihre Aussagen machen. Immer wieder kommt es vor, daß Geschworene während der Aussagen der Angeklagten hämisch vor sich hinkichern.

Die Berichterstattung über den Prozeß in den Medien läßt, milde gesagt, einiges zu wünschen übrig.

Wer auch immer die Notwendigkeit eines fairen Prozesses für alle Angeklagten zum Ausdruck bringt, läuft Gefahr, mißverstanden zu werden. Denn es gibt jene, die über eine Unmenge von Vergehen, wie beispielsweise die von einigen Angeklagten beschriebenen Folterungen vor und während des Gerichtsverfahrens, hinwegsehen wollen, weil sie es kaum erwarten können, daß der Mord an Bishop gerächt wird. ...

Ich hege persönlich keinerlei Sympathien für irgendjemand, der für den Tod Bishops, für die Zerschlagung der PRG Regierung und die Invasion Grenadas verantwortlich ist. Aber meine persönlichen Gefühle haben nichts zu suchen in einem Gericht, das dazu da ist, Recht zu sprechen.

Auf daß die Gerechtigkeit obsiege!

### BARBADOS

Der Rechtstrend, der im Gefolge der Grenada-Krise einen großen Aufschwung erlebte, wobei pro-amerikanische Regierungsparteien in der nördlichen und östlichen Karibik ihr besonderes Verhältnis zu Präsident Reagan stolz zur Schau trugen, ist, wie es scheint, seit einigen Monaten am Abklingen.

So sieht P.J. Patterson von der People's National Party (PNP) das politische Pendel wieder "in Richtung demokratischer Sozialismus" schwingen. Patterson machte diese Bemerkung in Barbados kurz nach dem überwältigenden Wahlerfolg der Democratic Labour Party (DLP) in Barbados, der zur Ernennung des schon einmal (1966 - 1976 d.R.) als Premierminister fungierenden Sozialdemokraten Errol Barrow als Regierungsoberhaupt führte.

Ich hatte bereits in einem früheren Artikel auf das Wiedererstarken einer demokratisch sozialistischen Achse hingewiesen, die zumindest vorerst von Barrows DLP und Manleys PNP gebildet wird. Die PNP hat vor kurzem Premierminister Seagas Jamaica Labour Party (JLP) bei lokalen Wahlen geschlagen und drängt nun auf vorgezogene nationale Wahlen, die sie nach allen Erwartungen spielend gewinnen wird. Jedoch eine erneute PNP Regierung in Kingston ist ein Thema, auf das ich in einem späteren Artikel zurückkommen werde.

Der Begeisterung eines Patterson über den Wahlsieg von Barrow steht in dem traditionell konservativen Barbados eine gar nicht so unauffällige Kampagne in Teilen der Medien gegenüber, die Barrow als "anti-amerikanisch" darstellen.

Nicht daß Barrow wirklich anti-Amerika wäre. Er hat vielmehr einen festen Ruf eines westindischen Nationalisten, er ist als Gegner von "Reaganomics" bekannt, hat wenig Schmeichelhaftes über Ronald Reagan gesagt, ist gegen eine Militarisierung der Karibik, wünscht sich diese Region vielmehr als Zone des Friedens und hegt weiterhin Mißtrauen gegen das Regional Security System (RSS) (eine regionale Streitmacht d.R.), das seiner Meinung nach in Washington "ausgebrütet" worden ist. ...

## GUAYANA

Während Barrows anti-Reagan Äußerungen in Barbados größere Wellen schlagen, fühlt sich der US-Botschafter in der "Kooperativen Republik" Guayana so sicher, daß sich die Dinge nach dem Tod von Forbes Burnham nach seinen Vorstellungen entwickeln, daß er sich jetzt sogar verletzende Äußerungen erlaubt.

Verletzend empfinden die meisten Guayaner Botschafter Clint Lauderdales Ankündigung vom 7. August, mit der die US Botschaft in Georgetown die Medien davon unterrichtete, daß die Regierung von Guayana und die USA ein PL-480 Abkommen unterzeichnet hätten, wonach Guayana 25,000 Tonnen amerikanischen Weizen im Werte von drei Millionen US \$ erhält.

Hierzu einige Zitate aus Botschafter Lauderdales Ankündigung: "In dem Bestreben, eine offenere Gesellschaft zu schaffen und eine pragmatischere Wirtschaftspolitik zu

verfolgen, bat der gegenwärtige Präsident von Guayana, Hugh Desmond Hoyte, die USA, den Import von Weizen für das Volk von Guayana zu erlauben. ...

Unter Präsident Hoytes Regierung verfolgt Guayana eine ausgewogenere Außenpolitik unter Vermeidung anti-amerikanischer Rhetorik, dem staatlichen Sektor wurde mit Subventionsstop gedroht, falls er nicht effizienter arbeitete; ausländische und inländische private Investoren werden ermuntert.

In Anerkennung der pragmatischen und weitsichtigen politischen und wirtschaftlichen Linie unter Präsident Desmond Hoyte, sind die USA bereit, seine Bitte zu erfüllen und PL-480 Weizen zur Verfügung zu stellen. ..."

Nachdem es fast fünf Jahre lang kein auf legale Weise importiertes Weizenmehl in Guayana gab, verkündete nun Präsident Reagans Botschafter in Georgetown freudestrahlend, daß die Hoyte Regierung um Weizen gebeten habe und daß die USA bereit seien zu liefern.

Zweimal wurde in der Mitteilung darauf hingewiesen - für den Fall, daß es beim ersten Mal jemand entgangen sein könnte -, daß die Hoyte Regierung um US Hilfe "bat" oder "nachsuchte" und die "guten" Amerikaner "zustimmten".

Was für eine Art Diplomatie soll das wohl sein? Lauderdales "Freundschaft" könnte Hoyte politisch teuer zu stehen kommen.

Aber das ist nicht alles. Die USA nutzen die durch akuten Devisenmangel verursachte schwache Position der Regierung aus. Sie attackieren nun Burnham, unter dessen Regierung die Beziehungen zwischen Guayana und den USA frostig waren, indem sie - was nicht gerade klug ist - seinen Nachfolger über den grünen Klee loben. Hoyte, so heißt es in der Verlautbarung der Botschaft, "verfolgt eine ausgewogenere Außenpolitik unter Vermeidung anti-amerikanischer Rhetorik". (Handelt es sich hier tatsächlich um selbigen guayanischen Politiker, dessen Akkreditierung als Botschafter in Washington unter Burnham die USA ablehnten?)

Ich nehme an, Hoyte wird alles genau zur Kenntnis nehmen, was die US Botschaft in Georgetown über ihn und seinen Vorgänger verlauten läßt. Immerhin hatte er diesen anläßlich seines Todes als "kreatives Genie ... als großen Baumeister, der handfeste und dauerhafte Errungenschaften hinterlassen hat;" gepriesen.

Hoyte sollte sich bei Lauderdale genau erkundigen, "wie handfest und dauerhaft" Burnhams Hinterlassenschaft wirklich ist, bevor er neue Abkommen schließt oder dem Druck jener Opportunisten weiter nachgibt, die ihn ermutigen, dem Pfad zu Reagans Washington zu folgen und sich auf einen neuen "Deal" mit dem Internationalen Währungsfond einzulassen. ...

## BELIZE

In Belize hofft die STIMME AMERIKAS immer noch einen Sender zu errichten als Teil eines 50 Millionen US \$ Kommunikationsprojekts für die karibische Region. Die Regierung von Belize unter Premierminister Manuel Esquivel verfolgt eine politische Linie, nach der die Staatsbürgerschaft von Belize für 25.000 US \$ an Chinesen aus Hongkong verkauft werden kann. Gemäß einem Bericht in DIALOGUE, herausgegeben vom Centre for Caribbean Dialogue in Toronto, plant die Esquivel Regierung ihren Handel mit der Staatsbürgerschaft gemäß dem Belize Loans Act, einem Anleihengesetz abzuwickeln, das letzten April von der Nationalversammlung verabschiedet worden war. Auf diese Weise hofft sie, Regierungsanleihen im Wert von 50 Millionen US \$ zu verkaufen.

Chinesen aus Hongkong, die nicht mehr in der britischen Kolonie leben wollen, wenn diese 1997 in den Zuständigkeitsbereich von China zurückfällt, können auf diese Weise Staatsbürgerschaftsanleihen erwerben.

Premierminister Esquivel wird ohne Zweifel seine Begründung dafür nennen - in Bälde.

# NICARAGUA

## Volksgerichte in Nicaragua

*Die Verhaftung von Eugene Hasenfus und sein Prozeß haben die Institution der Volksgerichte (TPA - Tribunales Populares Antisomocistas) in Nicaragua ins Blickfeld gerückt: Im folgenden einige Gedanken zu dieser Form der Rechtsprechung.*

Als die nicaraquanische Armee den US-Bürger Eugene Hasenfus, der die antisandinistischen Contra-Söldner von der Luft aus mit Waffen versorgte, gefangennahm, besaßen sie den wohl handgreiflichsten Beweis dafür, daß Präsident Reagan lügt, wenn er die Öffentlichkeit über Umfang und Art seiner Contra-Hilfe unterrichtet. Einmal mehr wird uns vor Augen geführt, daß der Geheimdienst in den USA Recht und Gesetz nach Belieben interpretieren darf.

Die Geschichte ist geeignet, auch die liberale Öffentlichkeit zu alarmieren und ihr zu zeigen, daß die USA rechtsstaatliche Grundsätze mit Füßen treten und demokratische Spielregeln fallen lassen, sobald sie den Sandinisten damit schaden können. Hasenfus steht nun seit Ende Oktober vor einem Volksgerecht und bietet einen günstigen Anlaß, die Machenschaften seiner Auftraggeber in das Licht der Öffentlichkeit zu rücken.

So einfach ist das aber nicht, denn wer den USA anhand des Falles Hasenfus den Vorwurf macht, die Gesetze zu brechen und das Parlament zu hintergehen, hört sogleich, in Nicaragua sei das alles noch viel schlimmer. Das Gericht, das Hasenfus bestrafen wird, ist ein Sondergericht, ein sogenanntes TPA, ein antisomozistisches Volksgerecht, eingeführt mit der Notstandsgesetzgebung von 1982 zu dem Zweck, Staatsfeinde schnell und wirkungsvoll verurteilen zu können.

Die TPA unterstehen dem Staatspräsidenten, nur der Vorsitzende ist ein Jurist, die beisitzenden Richter sind Aktivisten der sandinistischen Massenorganisationen. Die vor einem TPA Angeklagten können nicht aus Mangel an Beweisen freigesprochen werden, sie müssen ihre Unschuld selbst beweisen. Nach der Urteilsverkündung ist eine Berufungsinstanz vorgesehen, die das Urteil jedoch auch verschärfen kann. Der Oberste Gerichtshof Nicaraguas kann nicht angerufen werden, dafür kann der Prä-

sident die Begnadigung empfehlen, die dann vom Parlament bestätigt werden muß.

Üblicherweise wird diese Art der Rechtsprechung als politische Justiz bezeichnet und es ist bekannt, daß sie vorzugsweise von Parteien, die die Macht in einem Lande innehaben, zu dem Zwecke eingesetzt wird, mit den Feinden rasch und zügig fertig zu werden. Meistens sind nach der Machtübernahme die Gerichte noch mit Leuten besetzt, die nicht unbedingt ganz auf seiten der neuen Herren stehen und oft verbieten die Prozeßordnungen ein schnelles Durchgreifen.

Auch in Nicaragua mahlen die Mühlen der Justiz nicht eben schnell, sind nicht alle Richtersthühle mit Sandinisten besetzt und es besteht durchaus die Möglichkeit, daß ein Staatsfeind dort ein mildes Urteil findet. Aus diesem Grunde gibt es die Volksgerichte, die jährlich ein paar hundert Männer und Frauen zu Gefängnisstrafen bis zu dreißig Jahren verurteilen und mit deren Effektivität die Regierung sehr zufrieden ist. Störend allerdings ist die Kritik der Freunde aus dem liberalen und dem demokratisch gesonnenen Lager, an deren Sympathie den Sandinisten ausgesprochen viel gelegen ist. Doch wenn man in diesem Kreisen das Wort 'Volksgerichte' hört, denkt man erschrocken an Hitler und Stalin und immer wieder wird die Mahnung laut, die Gerichte müßten unabhängig sein. So empfiehlt z. B. die Menschenrechtsorganisation "America's Watch" die Abschaffung der TPA und auch der Sozialistischen Internationale sind sie ein Dorn im Auge.

Die Sandinisten und ihre ausländischen Unterstützer sind daher bemüht darzulegen, daß 'ihre' Sondergerichte anders seien, als dies die Unterstellungen der Kritiker und die jeweiligen Konnotationen vermuten ließen.

Zu diesem Zwecke werden unterschiedliche Methoden eingesetzt, wie z.B. die Verharmlosung: So erzählt Carlos Vanzetti in Berlin von jenen Unternehmern die - verurteilt von TPA - eben mal einen Tag lang einsitzen müßten, weil sie allzu offen mit der Contra kollaborierten. Über andere Fälle schien er nicht informiert, ebensowenig wie über die weit verbreitete Vermutung, daß die Volksgerichte den Arbeitern, die höhere Löhne wünschen, als Warnung dienen: denn ein Staatsfeind ist auch der Gewerkschafter, der streikt und mehr verdienen will.

Dann kommt gewöhnlich der Hinweis auf die Kriegssituation, mit der das Sondergericht entschuldigt wird, die es zu einem notwendigen Übel mache und dabei wird völlig außer acht gelassen, daß dieses Argument in krassem Wi-

derspruch zu einem Gesetz steht, das jedem Contra, der bereit, die straflose Rückkehr nach Nicaragua ermöglicht. So kommt es, daß einer, der als Contra-Söldner jahrelang sein Vaterland bekämpft hat, straflos ausgeht und der Bauer, der ihm zu essen gab, dafür wegen Kollaboration mit mehreren Jahren Haft bestraft wird. Auch wenn man dagegen hält, daß das Amnestiegesetz auf Druck der Contadora-Länder zustande kam, sind die Probleme nicht überwunden, denn Nicaragua rühmt sich in der Öffentlichkeit mit Vorliebe seiner Milde und schweigt geflissentlich über die Existenz der Volksgerichte.

Die schlauesten Apologeten lenken auf das Ausland ab, wo alles noch viel schlimmer sei, wie z.B. in El Salvador, wo man zu aller Ungerechtigkeit auch noch die Richter bestechen müsse. Das wenigstens habe in Nicaragua noch keiner nötig (siehe TAZ vom 30.10.86, wo Ralf Leonhard am Ende seines guten und informativen Artikels zu dieser absurden Entschuldigung greift).

Das Problem der Volksgerichte ist nicht damit zu lösen, daß man sie zurechtstutzt und bepinselt, sie sind und bleiben eine zweifelhafte Angelegenheit. Und nicht deshalb, weil sie die Gewaltenteilung übergehen, denn auch die ist kein Garant dafür, daß eine Gesellschaft gerechter wird. Das haben mit an erster Stelle auch die USA bewiesen. Sie sind vor allem deshalb zweifelhaft, weil sie einen Gedanken suggerieren, den sie in Wahrheit nicht verwirklichen: die Rechtsprechung durch das Volk. Es mag sein, daß so etwas in Nicaragua nicht möglich ist, weil das Volk dazu nicht in der Lage wäre, dennoch könnten auch Gerichte, die wie diese TPA von Parteigängern besetzt sind, mehr für ihr Volk tun, müßten nicht, wie es leider derzeit der Fall ist, mit Isolationshaft, psychischer Folter, öffentlicher Demütigung von Verurteilten (so werden z.B. verurteilten Armeeangehörigen die Kleider vom Leib gerissen und dies wird im Fernsehen übertragen) und der Abschaffung von Rechten arbeiten, die den Angeklagten wenigsten minimalen Schutz gewähren.

Es ist nicht verwunderlich, daß zahllose unbewiesene Gerüchte über die Praktiken der Volksgerichte existieren, die im Volk den Eindruck erwecken, wer die Sandinisten kritisieren, wandere sofort in einen geheimen Knast.

Den USA kommt dies natürlich sehr entgegen: Sie verweisen auf die Ungerechtigkeiten der Sandinisten und rechtfertigen damit die eigenen Machenschaften. Dieses Spiel ist nicht neu, doch es kann auch nicht damit gewonnen werden, daß man die TPA verharmlost. So simpel geht die

Rechnung nun einmal nicht auf, auch wenn dies immer noch viel zu viele glauben.



Aus der Eröffnungsrede Tomás Borge's zum Internationalen Symposium "Strafvollzug und Menschenrechte"

"Ungeachtet der verschiedenen Formen und Methoden moderner Gefängnisse hat sich die Kriminalität im Inneren zahlreicher Gesellschaften der Gegenwart vervielfacht. In Nicaragua gibt es einen quantitativen Rückgang strafbarer Handlungen. Die 38.781 bekannten Straftaten 1980 haben sich fünf Jahre später auf 15081 reduziert. Man kann behaupten, daß es eine abfallende Tendenz gibt und eine größere Kapazität zur Feststellung von Delikten und polizeilicher Maßnahmen. Aktuell klären wir 75% der Fälle auf, im Vergleich zu den 50% im Jahre '82. Einige Straftaten wie Totschlag und Mord werden zu 100% aufgeklärt. 1981 haben wir der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität den Vorrang gegeben, um die staatliche Verwaltung vor Mißwirtschaft, Korruption und Nachlässigkeit zu schützen. Von besonderer Bedeutung, was uns mit Stolz erfüllt, ist die fast vollständige Abwesenheit von Drogenabhängigkeit und anderen Deformationen unter der Jugendlichen. Die nicaraguanischen Jugendlichen konsumieren keine Drogen sie pflücken Kaffee, Baumwolle oder verteidigen die Unsterblichkeit des Vaterlandes und die Revolution. Diese Erfolge erwachsen der Unterstützung des Volkes, die sich in der Freiwilligenpolizei ausdrückt, gebildet von ehrlichen und zuverlässigen Bürgern und Arbeitern. Ebenso hat zu diesem Erfolg die radikale Ausmerzungen der Folter und Mißhandlungen an Untersuchungsgefangenen beigetragen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine Polizei, die physische Gewalt bei Verhören anwendet, stagniert, verrot und sich fachlich nicht entwickelt."

"Es gibt aus objektiven und subjektiven Ursachen ohne Zweifel Langsamkeit in der Justiz, um die strafrechtliche Verantwortlichkeit zu prüfen und begutachten, was uns dazu verpflichtet, ein populäres, dynamisches, antibürokratisches und zügiges System ausfindig zu machen, was sich sowohl auf die juristischen Strukturen bezieht, wie auch auf die Ausarbeitung wesentlicher Rechtsnormen. Der Delinquent, durch die somozistische Gesellschaft kulturell deformiert, Opfer der Reste der Vergangenheit und seiner Rückfälle, ist ein Mensch, der in seinen Bedürfnissen und Gewohnheiten den Individuen ähnelt, die aus den Randgruppen stammen. Die radikale Antwort ist Vorbeugung, ist Fortschritt in der revolutionären Veränderung, ist die Teufelsaustreibung gegen die schmutzige Vergangenheit ohne Widerkehr, ist die soziale Veränderung, die ökonomische Entwicklung, die Zunahme an Tugenden, die Ausmerzungen von Egoismus und Dummheit, die Bildung neuen Bewußtseins, Liebe zur Arbeit, die Kultivierung von Schönheit und Großzügigkeit."

(aus: IDES Nr. 314 vom 7.11.1986)

Leider steht nichts Genaueres über die TPA in der Rede.

## Barricada: Die Frau erlangt die Gleichheit

### SCHWUNGVOLL, HITZIG, FREI - EINE HISTORISCHE BÜRGERVERSAMMLUNG DER FRAUEN

*Vom 18. Mai bis 14. Juni war das nicaraguanische Volk aufgerufen, den Verfassungsentwurf zu diskutieren. Im ganzen Land fanden sog. cabildos abiertos (offene Bürgerversammlungen) statt, auf öffentlichen Plätzen, in Parks, in Markthallen oder Kinos. Eine der interessantesten und hitzigsten Anhörungen war die Bürgerversammlung der Frauen in Managua. Sie gilt als historisches Beispiel für die aktive Beteiligung der Bevölkerung. Im folgenden nun einige Auszüge aus der 'BARRICADA' vom 11.6.86 sowie einer Videoaufzeichnung dieser Versammlung, über die Beiträge der Frauen zu den Themen, die sie am meisten bewegten.*

"Wenn es das Blut meiner Söhne war, mit dem die Freiheit erkämpft wurde, und wenn mir mein Innerstes genommen wurde und mein Herz erloschen ist, als sie fielen - warum sollen wir dann jetzt um Erlaubnis bitten, ob sie geehrt werden dürfen? Compañeros, darüber dürfte überhaupt nicht diskutiert werden!" Der Beitrag der 52-jährigen Doña Gloria Margarita Martínez Largaespada, den BLI-Hut (BLI: Batallón de lucha irregular - Spezialeinheiten zur Contrabekämpfung) ihres gefallenen Sohnes auf dem Kopf, war einer der beeindruckendsten in der Bürgerinnenversammlung im Institut Maestro Gabriel in Managua. "Ich bin nicht hierhergekommen, um Sie zu bitten, daß Sie den Artikel über die Verehrung der Helden studieren, und zu sehen, ob Sie ihn behandeln oder nicht. Ich bin hier, damit Sie ihn behandeln!" Die erfrischende und direkte Rede Doña Glorias war kennzeichnend für den Verlauf der Versammlung. Die meisten der 75 Frauen, die sich für Redebeiträge eingeschrieben hatten, sprachen ohne Angst ihre Kritiken, Zweifel, Forderungen, Bitten aus. Resolut und couragiert wiesen sie auf Mißverhältnisse und Ungerechtigkeiten hin, zeigten die Diskrepanz zwischen der revolutionären Theorie und der praktizierten Realität auf und brachen Tabus, indem sie aussprachen, was viele wissen, aber bisher nie öffentlich gesagt worden war. Es ging um die verschiedensten Themen bei der Diskussion des Verfassungsentwurfs. Eines der Kapitel, das mit Nachdruck behandelt wurde, war das Kap. VI über die Rechte der Familie, besonders der Artikel 101 über die absolute Gleichheit der Rechte und Verantwortlichkeit zwischen Mann und Frau, Artikel 102 über die väterliche Gewalt, und 100, über die Festschreibung der Familie durch "Ehe" oder "Zusammenleben". Die staatliche Unterstützung der Frau in ihrer Beteiligung an der Gesellschaft, die Reformierung der Artikel über Vaterschaft und Abtreibung, die Erfüllung der besseren Kontrolle der väterlichen Verantwortlichkeit waren einige der Forderungen der Frauen in dieser "öffentlichen Sprechstunde".

Den Vorsitz dieser Veranstaltung hatten Dora María Tellez, Rafael Solís, Auxiliadora Martínez, Natán Sevilla und der Repräsentant der PSN, Ronald Máltez. Sie hielten die einzelnen Punkte zur späteren Auswertung fest.

Die beherzten Rednerinnen waren nicht nur die "Intellektuellen", wie die Direktorin des Frauenbüros, Ivonne Siu, oder die Rechtsanwältin des Frauenrechtshilfebüros, Marfa Lourdes Bolanos, die Frauenärztin aus dem Frauenkrankenhaus in Managua, Liliam Torres oder die "Chefin" der Frauenorganisation Magda Henríquez und die Schriftstellerin Gioconda Belli. Frauen jeden Alters, aus allen Bereichen waren vertreten und meldeten sich zu Wort, Campesinas, Arbeiterinnen, Krankenschwestern, Lehrerinnen...

Im folgenden nun einige Auszüge, um die Hitzigkeit und Bedeutsamkeit dieser Debatte zu vermitteln; eine Kommentierung erübrigt sich, denn die Reden sprechen für sich:

- Die Anerkennung der Vaterschaft und daraus folgende Verantwortung sind im Artikel 106 nicht klar festgehalten. Es ist verhängnisvoll für die Frau, daß das Recht festgeschrieben wird, die Vaterschaft zu untersuchen. Wenn wir von den gleichen Rechten sprechen, kann man nicht die Vaterschaft untersuchen, während



man der Frau nicht das Recht gibt, sich die Mutterschaft auszuwählen, wenn nicht die Möglichkeit der Abtreibung wirklich eingerichtet wird. Die gesetzliche Vaterschaft enthält dieselben Pflichten, wie die Mutterschaft. Man muß präziser die Verantwortlichkeit der Väter festlegen. ... Ich möchte mich vor allem auf den Artikel 102 der Verfassung beziehen, der von der väterlichen Gewalt spricht, und möchte erreichen, daß dieser Terminus aus dieser Verfassung gestrichen wird. Denn er nimmt eine der schändlichsten Einrichtungen unserer Gesellschaft auf, die wir vom römischen Imperium übernommen haben, und gibt an den Vater der Familie, an ihn als Familienoberhaupt das absolute Recht über seine Kinder. Das beinhaltet auch das Recht über Leben und Tod. Es beinhaltet auch das Recht, die Kinder und vor allem die Mädchen auf die Straße zu werfen, die nichts wert sind, nicht einmal zum verkaufen. Ich denke, daß dies eine Schande unserer Menschheit ist.

- Wir schlagen vor, daß dieser Terminus ausgetauscht wird in ein volkstümliches Vokabular, das wir alle verstehen, denn das ist eine Verfassung, die von und für das Volk gemacht werden soll. Es ist absurd, wenn wir über etwas reden, das wir nicht verstehen. Ein anderer Fall, den ich vortragen möchte: Es geht um eine Compañera, deren Kind ohne die Unterstützung ihres Compañeros zur Welt kommt, weil sie nicht verheiratet sind. Wäre sie verheiratet, wäre sie geschützt, und er würde sie unterstützen, weil es ein eheliches Kind ist. Wenn das Kind nicht ehelich ist, haben die Compañeras Probleme. Wenn sie das Kind registrieren läßt, erhält es nur den Namen der Mutter. Wir wollen, daß man diese verantwortungslosen Compañeros verfolgt, die sich verdrücken, wenn sie das Kind anerkennen sollen. Dieses Kind muß einen Vater haben, denn sie fragen es nach seiner Herkunft und es braucht auch den Namen seines Vaters. Eine andere Sache, auf die ich mich beziehen will, ist das folgende: Hier in Nicaragua haben wir jetzt durch die Revolution viele Ausländer. Es sollte so sein, daß auch für die ausländischen Compañeros gilt, daß sie verantwortlich zu sein haben für die Kinder, die sie uns machen. - Im Artikel 103 heißt es, es ist das Recht der Mutter, ihre Mutterschaft frei zu wählen oder zu planen. Der Staat wird die Information garantieren und auch die Ausbildung der notwendigen Ärzte, die eine freie Fortpflanzung der Paare erlaubt. Ich denke, es sollten für die Frau die drei Alternativen gelten: Sexualerziehung, Familienplanung und straffreie Abtreibung. Viele von uns haben Kinder, obwohl sie sie nicht geplant und nicht gewollt haben. Man hat uns nicht gezeigt, wie wir dies hätten vermeiden können. Unsere Männer verstehen in den meisten Fällen nicht unsere Situation. Sie verpflichten uns, die Kinder zu bekommen, und wissen dabei, daß sie uns nicht helfen, sie großzuziehen. Die Angst, schwanger zu werden, macht es uns unmöglich, eine sexuelle Beziehung zu genießen. Wir müssen Vorurteilen begegnen und werden abqualifiziert als schlechte Frauen, die keine Kinder

wollen, die genießen wollen, aber nicht wissen, wie man verhütet. Außerdem müssen wir zum Vergnügen unserer Männer die Kinder gebären, damit sie sich als "machos" (männliche Männer) fühlen können. Denn der Mann sagt, wenn die Frau keine sexuelle Beziehung zu ihm haben will: du betrügst mich, du hast einen anderen Mann. Alle diese Sachen haben viele von uns erlebt. Wir erleben die Mutterschaft als eine Last, nicht als eine freie Entscheidung. Deshalb wollen wir, daß die Verfassung das Recht der Frau auf freie Mutterschaft festschreibt, d.h. daß wir die Kinder bekommen, die wir wollen bzw. die nicht bekommen, die wir nicht wollen. Und dies ist nicht die Meinung von 4 oder 5 Frauen, sondern hinter dieser Meinung stehen Tausende von Frauen des Volkes. Wir wollen, daß die Nationalversammlung ein für alle Mal dieses revolutionäre Projekt verwirklicht, für das wir seit Jahren kämpfen.

- Ich bin mit dem Verbot der Abtreibung einverstanden. Denn heutzutage sind die Hospitäler voll mit verantwortungslosen Frauen, die abtreiben. Und das jetzt schon, wo die Abtreibung verboten ist. Wie wird es erst sein, wenn die Abtreibung legalisiert ist. Dann wird es eine Masse von Jugendlichen und Frauen geben, die in die Prostitution gehen. Denn es wird ihnen nichts passieren, sie werden keine Kinder bekommen. Dahin wird es gehen. Deshalb bin ich mit dem Gesetz einverstanden. Denn es war eine Revolution hier, um den neuen Mann und die neue Frau zu formen. Das wird nicht möglich sein, wenn wir die Abtreibung legalisieren, weil dies nur die verstärkte Verantwortungslosigkeit des Mannes und der Frau fördert.

- Mit der Abtreibung bin ich voll und ganz einverstanden. Es muß ein Recht der Frau sein zu entscheiden, ob sie Kinder will oder nicht. Bisher war es nicht öffentlich möglich abzutreiben, denn es war verboten. Doch viele Frauen sterben, weil sie zu einer Hebamme gehen und danach sterben oder zumindest steril bleiben und keine Kinder mehr bekommen können. Es ist besser, die Abtreibung zu legalisieren, um das Leben der Mütter und die Zukunft der Kinder zu schützen, die sie haben wird. Ich denke auch, daß es ein Recht der Frau ist, das Recht auf Arbeit zu haben wie der Mann. Es muß ein Recht geben, das das Recht der Frau auf Arbeit garantiert und verbietet, daß es Unternehmen gibt, die von der Frau, die arbeiten will, eine Bestätigung fordern, daß sie nicht schwanger ist.

- In der Prostitution sind wir sicher, daß es keine Prostitution ohne die Beteiligung des Mannes gibt. Absolut sicher. Das, worum ich bitte, ist, daß Erziehungsprogramme eingerichtet werden, sowohl für die Frauen als auch für die Männer, die permanent rückfällig werden und die es sind, die die Prostitution fördern. Eine andere Ungerechtigkeit, die uns Frauen begegnet, ist, daß wir zu Hause mißhandelt werden. Und wenn wir von Mißhandlung

sprechen, sagen sie uns, das sei ein Kavaliersdelikt, das andere nichts angeht. Doch ist es eine brutale und rohe Mißhandlung sowohl psychisch als auch physisch. Und es klingt wie eine Lüge, aber es ist so: für die Mißhandlung innerhalb der eigenen vier Wände des süßen trauten Heims gibt es keine Strafe. Du kannst hingehen und deinen Mann beschuldigen, doch sie sagen dir: das war in deinem Haus. Sie sagen dir fast: Recht so. Und das ist nicht gerecht. Das muß korrigiert werden. Wir müssen uns dessen klar sein, daß uns das Recht nicht beschützt.

Ich möchte mich aber konkret auf die Vergewaltigung beziehen. Sie sagen, daß es bei einer Vergewaltigung der unkontrollierbare Impuls des Mannes ist, der zum Ausbruch kommt, und daß wir Frauen es sind, die sie dazu provozieren. Das sind Mythen. Doch als Konsequenz daraus folgt, daß die Mehrzahl der Vergewaltigungen nicht angezeigt wird. Denn die Opfer schämen sich und fühlen sich schuldig an der Vergewaltigung, die sie erlitten haben. Im Gesetz ist die Vergewaltigung als privates Delikt definiert. Das heißt, daß dieses Delikt nur vom Opfer oder dessen Rechtsvertreter angezeigt werden kann. Doch der Vergewaltiger wird keine Strafe erhalten, weil es als privates Delikt angesehen wird und öffentliche Strafverfolgung nicht akzeptiert wird. Es ist dringend erforderlich, daß dieses Delikt als öffentliches Delikt angesehen wird, denn die Konsequenzen sind soziale und nicht private.

Ich will mich dazu auf den Artikel 72 beziehen, der die Respektierung der psychischen, physischen und moralischen Integrität vorsieht. Es muß erreicht werden, daß dieses Delikt geahndet und hart bestraft wird. Denn wie können wir eine neue Gesellschaft



Gleichheit von Mann und Frau???

schaffen mit neuen Menschen, wenn wir die Relikte der Vergangenheit, die psychische, physische und moralische Gewalt tolerieren. Auf der Basis des Artikels 72 werden wir in Zukunft den Wert, den Respekt der Frau einfordern.

- Ich möchte die Gelegenheit ausnützen und einen Vorschlag unterbreiten in Bezug auf die Schwierigkeiten, die für eine Scheidung existieren. Zur Zeit ist es so, daß ein Mann und eine Frau, die sich scheiden lassen wollen, einen Rechtsanwalt aufsuchen müssen, der ihren Fall vor Gericht vorträgt und durch die folgenden Gründe auf Scheidung drängt: Es gibt die Scheidung aufgrund gegenseitiger Einwilligung, d.h. wenn beide Partner einverstanden sind. Als Scheidungsgrund für die Frau gilt Mißhandlung und schwere Beleidigung, d.h. daß unser Compañero uns schwer beleidigt oder uns persönlich angegriffen und geschlagen oder uns gar mit dem Tod bedroht hat. Außerdem kann eine Frau um die Scheidung bitten, wenn sie nachweisen kann, daß ihr Mann in öffentlichem Konkubinat mit einer anderen Frau lebt und dies fortführt. Der Mann dagegen kann die Scheidung schon einreichen, wenn er nur die Frau des Ehebruchs beschuldigt, ohne Beweise zu haben. Das sind unterschiedliche Maße. Wir wollen erreichen, daß dies revidiert und entsprechend neu festgesetzt wird, daß die Ehe auf beiderseitiger Freiwilligkeit beruht.

- Ich beziehe mich auf die Gleichheit von Mann und Frau, die zwar per Gesetz existiert, aber in keiner Hinsicht durchgeführt wird. Z.B. im Arbeitsvertrag. Wir haben nicht die gleichen Rechte. Ich wende mich an Sie mit der Bitte, daß dieses Recht wirklich erfüllt wird und die Frau auf der Arbeit dieselben Rechte hat wie der Mann. Und ich fordere außerdem, daß in der Verfassung festgeschrieben werden muß, daß der Mann und die Frau sich die Aufgaben und Pflichten auch im Hause teilen müssen.

- Der Vorschlag, den wir Frauen in Bezug auf Art. 103 und Art. 106 des Arbeitsrechts haben, ist, daß anerkannt wird, daß die Hausarbeit sozial wichtig ist und daher von allen Mitgliedern der Familie geteilt werden muß. Danke!

- Wir Frauen sind aktive Objekte der Geschichte wir sind sozial und politisch aktiv, sind an der Verteidigung und an der Produktion beteiligt und wollen nicht als sexuelles und kommerzielles Objekt gelten. Die Gleichheit von Mann und Frau in die Praxis umgesetzt bedeutet, daß die Verantwortung geteilt und von beiden getragen wird, vom Mann und die Frau.

- Es wird hier geplant, daß die Familie festgeschrieben wird als "matrimonio de derecho" und "matrimonio de hecho" ("Ehe mit Eheschließung" und "Zusammenleben"). Ich denke, daß dies richtig ist, aber das beinhaltet nicht uns Frauen, die wir nicht verheiratet sind, weder "de hecho" noch "de derecho", und die trotzdem



Familie sind. Dieser Artikel reflektiert nicht die wirkliche Realität in Nicaragua. Das Problem dabei ist, wenn man z.B. ein Haus sucht: Wenn eine Frau mit 6 Kindern ein Haus sucht und ein Mann und eine Frau mit zwei Kindern, dann haben letztere die Priorität auf das Haus, weil sie eine Familie sind, weil sie einen Mann als Familienvorstand haben. Doch in unseren Gesetzen muß sich unsere Realität widerspiegeln. Die Mehrheit von uns ist "Chefin der Familie". Und unsere Familie besteht aus Großmutter, Kind, Tante... Man muß sehen, daß die nicaraguanische Familie eine Familie aus unterschiedlichen Mitgliedern ist, die zusammenleben. In einem anderen Artikel kommt ein neues Problem, das sich auf die Gleichheit des Paares bezieht und über die Familienbeziehungen sagt: Die Familie beruht auf Gleichheit der Rechte und der Verantwortung von Mann und Frau. Das ist eine Auffassung von Familie, die absolut bürgerlich ist. Die Familie ist der Vater, die Mutter und das Kind. Ich bin nicht damit einverstanden, daß man sagt, die Familienbeziehung beruhe auf der Gleichheit des Paares. Die Familienbeziehungen beruhen auf der Solidarität aller Mitglieder, die wir eine Familie bilden.

- Ich will, daß ein Artikel aufgenommen wird, der sich darauf bezieht, daß die Frau bevorzugt werden sollte oder die gleichen Bedingungen wie der Mann in den verschiedenen Fortbildungsmöglichkeiten hat. Bis heute haben wir kaum die Gelegenheit, uns zu spezialisieren. Immer wenn es darum geht, daß jemand für bessere und verantwortungsvollere Arbeit ausgebildet werden soll, werden in der Mehrzahl Männer bevorzugt.



- Ich denke, es ist angemessen zu sagen, daß die Compañeras, die Familienoberhäupte sind, das Recht haben müssen, Eigentümerinnen von Land und Boden zu sein. So z.B. die Mutter eines Kämpfers, der sein Leben für das ganze Volk gegeben hat. Es soll ein Gesetz verankert und in der Verfassung festgeschrieben sein, daß die Frau Recht auf ein Stück Land hat.

- Mein Vorschlag ist, einen Artikel über die Prinzipien dieser Verfassung zu machen, in dem alle Pflichten und Rechte enthalten sind. So wie man die Demokratie festschreibt, die gemischte Wirtschaft, die Pluralität, so muß auch die Gleichheit der Frau festgeschrieben werden, so daß alle Pflichten und Rechte als Prinzipien der Verfassung geschützt sein werden. Denn wir wissen, daß es nicht ausreichend ist, daß sie als Rechte festgeschrieben sind, denn die Rechte sind nicht die gleichen für Männer und Frauen. Wir leben in einer Gesellschaft, deren Aufgabe es ist, den jahrhundertalten Rückschritt, jahrhundertlange Diskriminierung der Frau nicht nur in Nicaragua, sondern auf der ganzen Welt zu überwinden. Deshalb wollen wir als Prinzip der Verfassung das Prinzip der Gleichheit der Frau vorschlagen. Auf diese Art und Weise wollen wir garantieren, daß, wenn jemand gegen ein Recht der Frau vorgeht, z.B. bei Vergewaltigung, dies gegen ein Prinzip unserer Verfassung unseres Landes verstößt.

Nach über vier Stunden Diskussion ging das Cabildo zu Ende, und für alle, die dabei waren oder im Radio oder Fernsehen den Verlauf verfolgt hatten, mußte die Tragweite der spezifischen Forderungen der Frauen klar geworden sein.

Die Barricada beendet ihren Bericht euphorisch: "Es war eine historische, unvergeßliche Nacht, anregend und überzeugend, tiefgehend und lebendig. Keiner konnte vermeiden, sich zu identifizieren. Gestern nacht ist ein neues Bewußtsein für alle entstanden. Nach diesem Cabildo werden weder die Männer noch die Frauen dieselben sein!"



was es heißt, Frau zu sein!

## Cabildos abiertos — die offenen Bürgerversammlungen

Das Cabildo der Frauen war eine von zahlreichen Versammlungen, in denen das Volk Gelegenheit hatte, sich zur Verfassung zu äußern. Der Verfassungsvorschlag war von den 22 Mitgliedern einer Kommission aus Repräsentanten aller im Parlament vertretenen Parteien ausgearbeitet worden. Im Verlauf ihrer Arbeit hatte die Kommission die Positionen aller Parteien und leitenden Gremien verschiedener Organisationen zur Kenntnis genommen und die Verfassungen aus 19 Ländern studiert: aus Argentinien, Bulgarien, Kolumbien, Costa Rica, Kuba, Spanien, Frankreich, England, Schweden, der UdSSR, Venezuela u.a.

Nach Fertigstellung wurde der erste Entwurf dieser Verfassung der Öffentlichkeit vorgelegt. Vom 18. Mai bis zum 14. Juni sollten 75 Cabildos (öffentliche Bürgerversammlungen) durchgeführt werden, auf denen die verschiedenen Sektoren sich äußern konnten. Journalisten und Kulturschaffende, Gesundheitsarbeiter, Techniker und Angestellte, Frauen, Landarbeiter, Händler, Jugendliche und Lehrer, die Armee, das Innenministerium, Kleinhändler, Christen, Stadtbewohner... alle waren aufgerufen, an den verschiedensten Orten ihre Meinung zu äußern. Die Repräsentanten der in der Nationalversammlung vertretenen Parteien sollten bei den Cabildos anwesend sein, aber keinen Einfluß auf die Beteiligung des Volkes ausüben.

Die Massenmedien spielten eine große Rolle in der politischen Erziehung und im Aufruf zu den Cabildos. Neben der Propaganda im Fernsehen, im Radio, in den Zeitungen und auf Plakaten forderten die Parteien ihre Mitglieder auf, die Beteiligung der Basis zu fördern. Die christliche Wochenzeitschrift *El Tayacán* erklärte auf sehr pädagogische Weise den Sinn der Cabildos und die Möglichkeiten der Mitwirkung und formulierte mögliche Fragen zu den einzelnen Verfassungsartikeln. Auch die Kirchenhierarchie äußerte sich schließlich positiv zu den Bürgerversammlungen. 15.000 Exemplare des Verfassungsentwurfs wurden herausgegeben. So hatten die verschiedenen Gruppen und Organisationen Gelegenheit, ihre Beiträge durch Studium der einzelnen Artikel vorzubereiten.

Von den 75 Cabildos wurden 73 tatsächlich realisiert. Zwei mußten wegen möglicher konterrevolutionärer Angriffe abgesagt werden. Während der 73 Cabildos ergriffen 2.500 Personen das Wort und 1.800 Personen reichten ihre Beiträge schriftlich ein. Die Beiträge wurden aufgezeichnet und protokolliert und anschließend systematisch ausgewertet. Ca. 100.000 Personen waren bei den Cabildos anwesend. Diejenigen, die nicht teilnehmen konnten oder wollten, konnten die wesentlichsten Punkte der Diskussion im Radio und Fernsehen verfolgen. Es gab sehr unterschiedliche Motive für die Beteiligung. Die Mehrheit war von der Möglichkeit begei-

stert, ihre Meinung zur Verfassung abgeben zu können, "zur ersten Verfassung, über die wir selber bestimmen, wir, die wir früher niemals das Wort ergreifen konnten."

Besondere Bedeutung und Popularität hatten die Cabildos der Frauen und Bauern durch ihre hitzigen Debatten. Doch auch die anderen Cabildos waren nicht nur von Einverständnis mit dem Verfassungsentwurf geprägt. Viele Teilnehmer wiesen auf die Notwendigkeit einer verbesserten Strukturierung der Verfassung hin; oft gab es auch Kritik und konkrete Vorschläge zu verständlicheren Formulierungen der Artikel. Dies kann als Zeichen dafür gewertet werden, daß der Verfassungsvorschlag genau studiert worden war.

Als Grundprinzipien sind in der Verfassung u.a. festgeschrieben: Ehrung der Helden und Märtyrer, das Volk als die Kraft, auf der alle Macht beruht, Demokratie, politischer Pluralismus, gemischte Wirtschaft, Blockfreiheit, Antiimperialismus, Lateinamerikanismus, Verteidigung der Heimat, Nationale Unabhängigkeit... Doch darüberhinaus gab es noch zahlreiche strittige Fragen: Der Name Gottes sollte in der Präambel auftauchen, war die Forderung vieler Christen. EL TAYACAN meint hierzu: "Es ist nicht das wichtigste, daß sein (Gottes) Name einbezogen und erwähnt wird. Im Verlauf der Geschichte haben viele seinen Namen mißbraucht. Und Jesus hat uns erklärt, daß nicht jeder, der den Namen Gottes benutzt, gerecht ist..."

Heftige Auseinandersetzungen gab es um die Frage des Religionsunterrichts in den Schulen; darum, ob die Familie in der Verfassung "durch Eheschließung" oder durch "Zusammenleben" anerkannt wird; ob der Ausdruck "väterliche Gewalt" seine Berechtigung hat; ob Stadtteilkomitees parteigebunden sein sollten... Eines der vor allem in den Cabildos der Frauen meistdebattierten Themen war die Frage: Soll die Abtreibung legalisiert oder unter Strafe gestellt werden, wenn man das Recht auf Leben und die Freiheit der Bildung und Entwicklung der Familie sichern will? Die Angestellten des Gesundheitswesens stellten die dringliche Forderung, daß alle Nicaraguaner Zugang zu einer "sowohl am Nährwert als auch von der hygienischen Qualität angemessenen Ernährung erhielten". Bezüglich des Bildungswesens kam die Forderung: "Der Staat hat als oberste Instanz des Bildungswesens die Verpflichtung, in den Lehrplänen alle Leitbilder zu berichtigen, die in der Vergangenheit die Reproduktion eines ungerechten sozialen Systems ermöglichten." Ein weiterer Beitrag forderte, das Recht auf kostenlose Bildung für alle dadurch zu unterstützen, daß den Schülern Transport, Kleidung und eine finanzielle Unterstützung gezahlt werde. Und viele andere Beiträge mehr.

Während sich die meisten Beiträge in den Cabildos auf die Präambel und die Rechte und Garantien der Staatsbürger bezogen, gab es jedoch auch nicht wenige Meinungskundgebungen zum Staatsauf-



bau in der Verfassung: z.B. über die Möglichkeit oder das Verbot der Wiederwahl des Staats- und des Vizepräsidenten; über die Frage, ob die Nationalversammlung den Staatshaushalt ausarbeiten und verabschieden sollte; darüber, ob der Bürgermeister von Managua vom Präsidenten eingesetzt oder direkt gewählt werden sollte; ob die Streitkräfte die Bezeichnung "sandinistisch" tragen dürften...

Die zahlreiche Beteiligung der Bevölkerung an den Cabildos und die vielen (auch) kritischen Stimmen zeigen, daß das nicaraguanische Volk sein Recht auf Pluralismus und Meinungsfreiheit (beides Prinzipien, die in der Verfassung verankert werden) ernstgenommen hat. Die Cabildos waren ein Akt der "politischen Alphabetisierung", jedoch nicht nur für das Volk, sondern auch für viele Abgeordnete, die ihr Volk unterschätzt hatten, wie ein Ausspruch von Natán Sevilla, einem Abgeordneten der FSLN in der Nationalversammlung, zeigt: "Das Volk hat uns Alternativen aufgezeigt, die uns Abgeordneten nie eingefallen wären. Ich hätte mir nie vorgestellt, daß ein Junge von elf Jahren sagen könnte, was die Verfassung bezüglich der gemischten Wirtschaft festlegen sollte. Wir hatten die Cabildos als große Alphabetisierungskampagne für das Volk gesehen, aber dann mußten wir unsere Ansichten darüber ändern. Es ist eine praktische Lehre für die Abgeordneten geworden, in der wir gelernt haben, Gesetzgeber im Interesse des Volkes zu sein."

Es wird sich zeigen müssen, inwieweit sich diese Erkenntnis niederschlägt und inwieweit die Cabilðos als ernstzunehmender Beitrag zur Entwicklung der partizipativen Demokratie einzuschätzen sind. Die Nationalversammlung zeigte ihre Verbundenheit mit dem Volk, indem sie ihm das Recht gab, an der Verfassung mitzudiskutieren. Doch das heißt nicht, daß das Volk ein Recht darauf hat, über die Verfassung abzustimmen oder ein verbindliches Votum abzugeben.

Wie weit die Verbundenheit der Nationalversammlung mit dem Volk geht, zeigt sich spätestens an der Frage, wie die Nationalversammlung die vielfältigen Meinungsäußerungen und Forderungen des Volkes bei der endgültigen Ausarbeitung des Verfassungstextes berücksichtigt.

Bisher scheinen die "Stimmen des Volkes" wenig gefruchtet zu haben und die Cabildos scheinen auf die Neufassung des Verfassungsentwurfes kaum Einfluß gehabt zu haben. Denn die Sandinisten beharren weiterhin z.B. darauf, die Armee als "Sandinistisches Volksheer" zu bezeichnen, und wollen sie unter der ausschließlichen Kontrolle der FSLN belassen. Die Wiederwählbarkeit des Präsidenten, seine übermächtige Stellung gegenüber der Legislative, die nicht einmal das Budget abändern kann, die Existenz von Gerichten, die nicht dem Obersten Gerichtshof unterstellt sind (z.B. die Antisomozistischen Volkstribunale) zielen auf eine Vormachtstellung der Sandinisten ab und haben zu Zwistigkeiten mit den ehemaligen Verbündeten der patriotischen Front, den heutigen Oppositionsparteien geführt. Teile dieser Opposition haben sich zeitweise aus der Verfassungsdiskussion zurückgezogen, um so ihren Unwillen zu demonstrieren. Auch ein Boykott der Verfassungsdebatte war in Erwägung gezogen worden. Die Sandinisten ihrerseits werfen den Oppositionsparteien vor, den von USA finanzierten Contras in die Hände zu arbeiten. Doch mit ihren 61 von insgesamt 96 Sitzen sind die Sandinisten nicht unbedingt auf die Stimmen der Opposition angewiesen, denn die Verfassung kann in Nicaragua mit der Zustimmung von 60 % der Abgeordneten verabschiedet werden. Doch müßten die Sandinisten wissen, daß eine derartig verabschiedete Verfassung sowie ein stark begrenzter politischer Spielraum der Oppositionsparteien gegenüber dem Ausland schlecht zu legitimieren wären, das ohnehin permanent den politischen Pluralismus des Landes einklagt und nur jede Gelegenheit nutzt, die sandinistische Regierung als totalitär anzuprangern.

Doch man muß abwarten und sehen, wie die Verfassungsdebatte weitergeht.

Quellen: taz vom 27.8.86, envío 62, Aug.86

## GUATEMALA

### Über die »Entwicklungshilfe« der Bundesrepublik Deutschland

*Mitte Oktober wurde dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit das Gesamtprogramm der Entwicklungshilfe für Guatemala vorgestellt: 10,6 Mill. DM aus Mitteln der Technischen Zusammenarbeit für 1986, davon 5 Mill. DM Ausrüstungshilfe und 5,35 Mill. DM Ausbildungshilfe. Die Entscheidung über Gelder, die als Ausrüstungshilfe für die Polizei eingesetzt werden, fällt eigentlich in die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes, aus Entwicklungshilfe-Mitteln kann die Polizei nur ausgerüstet werden, wenn die dafür bestimmten Gelder den kleineren Teil eines Gesamtprogrammes ausmachen. Doch ist es bereits jetzt eindeutig, daß das Geld, das Guatemala erhält, zur Aufrüstung der Polizei eingesetzt wird, für Entwicklungsprojekte bleibt nichts übrig.*

Guatemala erlebt das schlimmste Wirtschaftschaos seiner Geschichte, die Bewohner der Elendsviertel am Stadtrand protestieren, da sie nicht einmal das Allernotwendigste zum Überleben haben. Die Bauern an der Südküste fordern Land, die Angestellten der Bananenplantagen Lohnerhöhungen. Die Gewerkschaft der Arbeiter des Elektrizitätswerks befindet sich im Streik, die Angestellten der Zellulosefabrik CELGUSA sind im Hungerstreik, um die Auszahlung ihrer Löhne, die seit einem (!) Jahr aussteht, einzufordern, die Mütter der GAM (Grupo de apoyo mutuo) versuchen weiterhin, etwas über das Schicksal ihrer verschwundenen Familienmitglieder zu erfahren und zu erreichen, daß die Entführer und Mörder ihrer Kinder bestraft werden. Auf diesem Hintergrund wird vor dem Nationalpalast in Guatemala-Stadt am 21. September dieses Jahres feierlich ein Staatsakt abgehalten: Der Staatssekretär im Innenministerium der Bundesrepublik Deutschland, Karl Dieter Spranger, überreicht dem Innenminister von Guatemala, Juan José Peralta, eine Spende: 55 Geländewagen, 5 Mercedesbusse, 60 BMW-Motorräder mit Funkausrüstung, 84 Funksprechgeräte, Filmprojektoren, Aufnahmegeräte für Videofilme und Kameras.

Während des protokollarischen Aktes nannte Spranger die bundesrepublikanische Hilfe für eines der repressivsten Organe, die Polizei, einen ersten Schritt für die Konsolidierung einer Demokratie wie sie in der Bundesrepu-

blik praktiziert würde. Daß eben dieses Staatsorgan schon immer für Korruption und gewaltsame Verletzung der Menschenrechte in Guatemala verantwortlich war, erwähnte er nicht, ebensowenig wie die Tatsache, daß die Polizei sich zu einem nicht unbeachtlichen Teil aus den Folterknechten der aufgelösten Geheimpolizei zusammensetzt. Doch die bundesdeutsche Hilfe wird sich nicht nur auf die technische Ausrüstung der Polizei beschränken. Herr Spranger ließ verlauten, guatemaltekische Polizeioffiziere würden in die BRD eingeladen und darüber hinaus kämen Experten der deutschen Polizei, um ihre Erfahrungen in den Dienst der guatemaltekischen Polizeischule zu stellen.

Kommt zu einem Zeitpunkt, an dem die Menschen buchstäblich auf der Straße verhungern, der technischen Ausstattung wirklich erste Priorität zu? Ist dies der Augenblick, an dem brutale und rohe Polizisten in die Feinheiten der repressiven staatlichen Kontrolle eingewiesen werden müssen?

Der guatemaltekische Innenminister, Juan José Peralta, seinerseits ließ verlauten, dies sei ein Akt von aller-



größter Bedeutung für die "demokratische" Regierung, denn hiermit werde ein neuer Schritt hin zur Verteidigung der Menschenrechte getan. Fehlen durfte bei einer solchen Feierlichkeit natürlich keinesfalls die Kirche, vertreten durch Reverend Francisco González Hita, der die gütige Spende segnete (siehe La Hora vom 19.09.86 und Prensa Libre vom 21.09.86 - guatemaltekische Tageszeitungen).

Es scheint, als habe die deutsche Regierung, die ja auf eine lange Tradition in der Ausbildung eines repressiven Polizeiapparates zurückblicken kann, allergrößtes Interesse daran, mit den genannten Mitteln zur Konsolidierung dessen beizutragen, was in Guatemala als Demokratie bezeichnet wird. Es besteht kein Zweifel daran, daß die Hilfe für die "Wahrung der Menschenrechte" auf ähnliche Weise wie die bereits wohlbekannte "Entwicklungshilfe" geleistet wird, hinter der sich die Wahrung deutscher Interessen in Guatemala verbirgt. Man geht davon aus, daß die - wie die Deutschen sie bezeichnen - schwachen Demokratien in Lateinamerika eines hochtechnisierten Repressionsapparates bedürfen, um den Forderungen einer Bevölkerung, die des Wartens auf die Segnungen des Fortschritts müde ist, entgegenzutreten zu können, einer Bevölkerung, die es überdrüssig ist, auf die Demokratie und Freiheit zu warten, die man ihnen schon so oft versprochen hat.

Ein Guatemalteke mag sich fragen: Woher nimmt Herr Spranger als Repräsentant seiner Regierung die moralische Grundlage für seine Behauptung, die bundesdeutsche Demokratie könne Guatemala als Beispiel dienen? Wie ist denn - gerade im aktuellen Kontext - die Funktion der bundesdeutschen Polizei zu sehen? Was meint Herr Spranger damit, wenn er sagt, die guatemaltekische Polizei würde perfektioniert? Was haben diejenigen Tausende von Guatemalteken davon, die in beispiellosem Elend leben? Der deutsche Leser mag sich selbst die Antwort auf diese Fragen geben.

### "HILFE" FÜR DIE DEMOKRATIE - FÜR WELCHE?

Guatemala ist einer von vielen Staaten Lateinamerikas, der über lange Zeit hinweg von Regimes militärisch-faschistischen Zuschnitts regiert wurde. Die US-Intervention von 1954, die durch einen Staatsstreich unter kräftiger Mithilfe des für derlei Aktivitäten wohlbekanntesten CIA den bescheidenen, aber gleichwohl aufrichtig gemeinten Versuch der zweiten Revolutionsregierung von 1944, das Land auf den fortschrittlicheren kapitalistisch orientierten Weg zu bringen,

mit einem Schlag zunichte machte, gab den Ausschlag für die gesamte spätere Entwicklung Guatemalas. Mit der Agrarreform unter Präsident Arbenz - die letztendlich als Anlaß für die Intervention erhalten mußte - sollte das Produktionsmittel Land nicht sozialisiert werden, sondern es sollten mehr kleine Landbesitzer geschaffen werden, um den immer noch anachronistisch organisierten Binnenmarkt des Landes zu entwickeln.



Dann, nach 32 langen Jahren, in denen Todesdrohungen, Entführungen, Folter und Mord als wohlbekannte Werkzeuge lateinamerikanischer Diktaturen tagtäglich eingesetzt wurden, um das unterdrückte Volk zum Schweigen zu bringen, schien es, als würde sich Guatemala, wieder einmal, auf den schwierigen Weg zur Demokratie begeben. Nachdem jedoch die Diktaturen vergangener Jahre Arbeitskraft und Bodenschätze der Guatemalten maßlos ausgebeutet und verschwendet hatten, übernahm die derzeitige christdemokratische Regierung unter Vinicio Cerezo - für Eingeweihte ohnehin lediglich eine Marionette der Militärs - ein völlig abgewirtschaftetes, ruiniertes Land. Ein Land, in dem

sich die sozialen Widersprüche tagtäglich weiter zuspitzen angesichts einer schweren Wirtschaftskrise mit 42 % Arbeitslosen bei einer wirtschaftlich aktiven Bevölkerung von ca. 4.4 Millionen, die immer mehr unter der rasenden Inflation, dem ständigen Kaufkraftschwund leidet. 3 Quetzales bezahlt man auf der Straße für einen US \$ und 3.20 Quetzales beträgt der - noch nicht einmal überall ausbezahlte - Mindestlohn für einen Arbeitstag.

Angesicht der desolaten Lage des Landes sah sich die Regierung Vinicio Cerezos gezwungen, die europäischen Staaten um Hilfe zu ersuchen. Denn - so die einhellige Meinung - nur mit internationaler Hilfe und Solidarität wird Guatemala in der Lage sein, sich den westlichen bürgerlichen Demokratien anzuschließen. Und so beeilte sich - wie nicht anders zu erwarten - die Bundesrepublik Deutschland, den christdemokratischen Freunden in Guatemala beizustehen. Und schon bald, nur wenige Monate nach Amtsantritt der Zivilregierung, wurde deutlich, wie die Hilfe des deutschen Volkes an die neu entstehende Demokratie Guatemalas beschaffen ist.

Merkwürdig und widersprüchlich ist es, daß die "humanitäre Hilfe", mit der das deutsche Volk der Demokratie in Guatemala auf die Sprünge helfen will, geradewegs in die Kasernen der guatemaltekischen Polizei fließt. Und dies, obwohl zu zahllosen Anlässen - durch kirchliche, pazifistische und universitäre Organisationen - darauf hingewiesen wurde, daß vor allen anderen die Polizei Guatemalas für die brutalen Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist. Die Entführung und das "Verschwindenlassen" des Mannes der Vorsitzenden der GAM ist nur eines der zahllosen Verbrechen, das eindeutig auf das Konto eine Spezialeinheit der Polizei geht.

Welchen Zweck verfolgt also die deutsche Entwicklungshilfe für das leidgeprüfte Volk Guatemalas, wenn sie nichts anderes tut, als eine der korruptesten und repressivsten Institutionen des Staates zu modernisieren? Was für eine Demokratie soll da angestrebt werden, wenn zu deren Entwicklung Berater - Repressionsexperten? - und Polizeiausrüstung an ein Volk geschickt werden, das, wie eingangs erwähnt, lange Zeit - und möglicherweise auch weiterhin - durch institutionalisierte staatliche Repression unterdrückt und gequält wurde.

Es ist bedauerlich und unverständlich, daß die Deutschen, die sehr wohl wissen, daß das Volk Guatemalas an Unterernährung, extrem hoher Kindersterblichkeit, Analphabetismus etc. leidet, Hilfe schicken, die aus Funkstreifenwagen, Motorrädern, Polizeifunkgeräten etc. besteht. Wieviele Kinder hätten mit dem Gegenwert der Funkstreifenwagen in Medizin gerettet werden können, die eine simple Diarrhöe nicht überleben? Wieviele Guatemalteken hätte man für den Gegenwert der Motorräder Lesen und Schreiben lehren können?

Ist es wirklich Demokratie, die da entwickelt werden soll, wenn die 'Entwicklungshilfe' anstatt an die bedürftige Bevölkerung an den repressiven Polizeiapparat geleistet wird?

Seit der Regierungsübernahme Vinicio Cerezos im Januar wurden 700 Personen getötet und 120 sind verschwunden.



Erst SIEMENS, dann BMW - Ein cleverer Verkäufer ist für viele Produkte gut:  
BMZ-Minister Jürgen Warncke

## REZENSIONEN

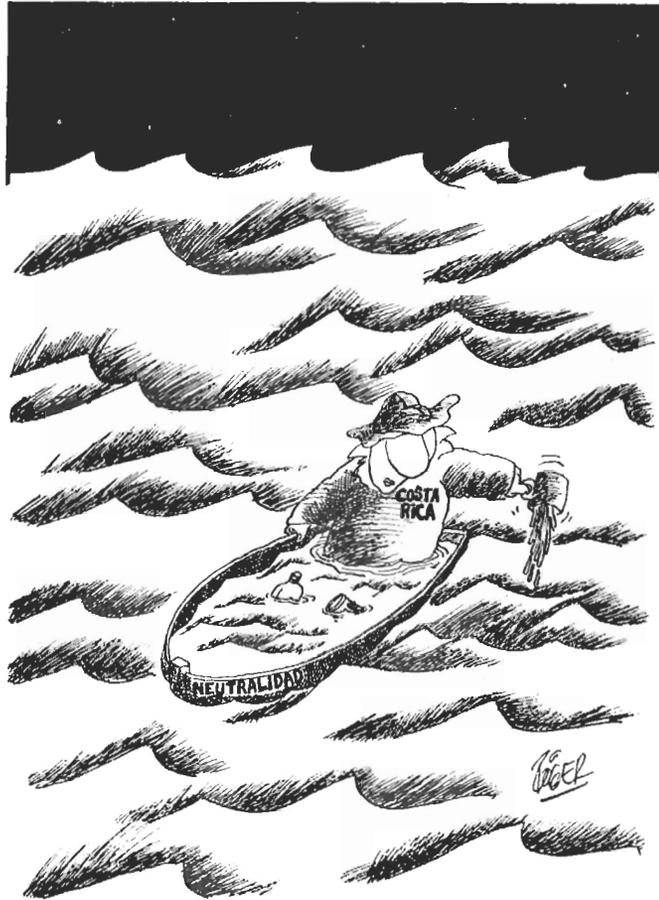
### am costaricanischsten ...

Die Besprechung eines Sammelbandes macht gegenüber der von Monographien zusätzliche Arbeit: Es ist zum einen von einer Vielzahl von Artikeln zu berichten, die sich nach Thema, Darstellungsweise, Qualität, Umfang etc. unterscheiden, und zum anderen zu beurteilen, was das Werk in seiner Gesamtheit hergibt. Das Urteil über einen solchen Band kann daher leicht zwiespältig sein. Und so fällt es auch zum vorliegenden Sammelband über Costa Rica aus. Er enthält eine Fülle (nämlich 32) Artikel über das Land sowie eine Einleitung des Herausgebers. Dabei kommen - in einem über vierhundertseitigen Werk - "natürlich" eine Reihe informativer Artikel zusammen, zumal wenn "einschlägige" Experten/innen (letztere allerdings in sehr geringer Zahl) mitarbeiten. Zwar konnte man gerade deren Beiträge so oder ähnlich schon woanders lesen, aber auch das kann ja die Qualität eines Sammelbandes ausmachen: Verschüttetes, Unbekanntes leichter zugänglich machen.

Zu welchen costaricanischen Themen erfährt der Leser/die Leserin also etwas? Der Abschnitt "Überblicke" enthält ein politisches Reiseprotokoll sowie Artikel über die historisch-geographische Entwicklung Costas Ricas, über Religion, über Kunst und Wissenschaft. In den Abschnitten "Internationale Politik" und "Außenpolitik", deren Abgrenzung und Artikelzuordnung nicht einleuchtet, findet mensch Artikel über die costaricanische Neutralitätspolitik, die Positionen der Sozialistischen Internationale und der konservativen Internationalen Demokratischen Union sowie das Verhältnis Costas Ricas zu den USA, zu Nicaragua und der SU. Im Block "Wirtschaft" wird auf die außenwirtschaftlichen Verflechtungen, die Wirtschaftskrise und ihre Perspektiven und anderes eingegangen. In den Abschnitten "Parteien-" und "Politisches System" (auch hier eine merkwürdige Trennung), finden sich außer Artikeln über die wichtigsten Parteien solche, die sich der Verfassungsentwicklung, dem Wahlsystem, der Aufrüstung und den anti-gewerkschaftlichen Asociaciones Solidaristas widmen. Der letzte Abschnitt schließlich - mit "Modell Costa Rica ?" überschrieben - enthält Beiträge über das Bildungs- und das Gesundheitssystem, die Lage der Indígenas und der Flüchtlinge im Land und zur Frage der (De-) Militarisierung.

In seiner Einleitung bezeichnet der Herausgeber die Vielfalt der Themen, der politischen Standpunkte und der Herangehensweisen als Methode, der politischen Wirklichkeit möglichst nahe zu kommen. Ohne zu fordern, daß dem Leser/ der Leserin das Denken abzunehmen sei, wünscht sich der Rezensent vom Herausgeber eines Sammelbandes mit so unterschiedlichen Beiträgen, daß er sie nicht nur vorstel-

le, sondern zumindest ihren Stellenwert für die Annäherung an die politische Wirklichkeit diskutiert. Da reicht es nicht, Artikel, mit denen er inhaltlich nicht einverstanden ist, als "Diskussionsbeiträge" zu kennzeichnen. Eine inhaltliche Einordnung auf der Basis eines Konzepts eines solchen Sammelbandes ist vor allem dann unabdingbar, wenn - wie im vorliegenden Fall - viele Beiträge konträre Positionen einnehmen, sonst endet die stolz zur Schau getragene politische Offenheit im politisch-publizistischen Selbstbedienungsladen und der Pluralismus wird zum Ersatz für ein inhaltliches Konzept. Zwar bezieht der Herausgeber durchaus Position: Auf einer knappen halben Seite der Einleitung erklärt er, daß er "Costa Rica allen anderen mittelamerikanischen Ländern eindeutig vor(zieht)" (S. 11). Eine inhaltliche, auf die historische "Sonderentwicklung" Costa Ricas und die seiner Nachbarn, wie auf die gegenwärtige Lage aufbauende Begründung fehlt jedoch.



Auch wenn der Herausgeber eine Mythologisierung Costa Ricas ablehnt, liefert der Band ihr an manchen Stellen Vorschub, so z.B. im Untertitel: "Politik, Gesellschaft und Kultur eines Staates mit ständiger, aktiver und unbewaffneter Neutralität". Einige Beiträge des Bandes weisen darauf hin, daß Costa Rica nicht neutral ist und eine politische Neutralität auch gar nicht behauptet (und wer ist der Meinung, daß der Konflikt um Nicaragua ein rein militärischer ist?) und daß es nicht "unbewaffnet" ist. Sowohl die - in der Tat von "niedrigem Niveau" ausgehende - Aufrüstung als auch ihre innenpolitische Funktion werden in dem Band angesprochen. Das Erziehungssystem - vom Herausgeber neben der geringen Militarisierung und der medizinischen Versorgung als modellhaft bezeichnet - wird im entsprechenden Beitrag rein formal in seiner institutionellen Entwicklung beschrieben. Dies entspricht der insgesamt traditionell politikwissenschaftlichen Herangehensweise der meisten Beiträge, in der das politische System in Termini wie Verfassung, Wahlen und Parteien gedacht wird, in der aber ignoriert wird, daß zur Analyse von Herrschaft noch andere Elemente berücksichtigt werden müssen, wie etwa gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und die Herrschaftsfunktion, die Erziehung, Religion u.a. je auch erfüllen.

Gerade wenn die Bedeutung "bürgerlicher Demokratie", relativ hoher Indizes in den Gesundheits- und Bildungsstatistiken sowie geringerer Militarisierung für die "politische Wirklichkeit" Costa Ricas ernstgenommen und nicht als illusorisch abgetan wird, muß ihre Analyse weitergehen als im vorliegenden Band. Hier ist der wichtigste Mangel in einem Buch, das sich als das Werk zu Costa Rica anpreist; die vom Herausgeber zugestanden Lücken, z.B. in den Bereichen Gewerkschaften und Medien verstärken dieses Defizit.

Auch einzelne Details tragen zur Mythologisierung bei; so wird der alte Mythos vom "weißen" Costa Rica aufgefrischt, wenn (auf S. 36) behauptet wird, daß die Bevölkerung Costa Ricas zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit zu fast 100% aus spanisch-stämmigen Weißen bestand. Statistiken sagen jedoch aus, daß 1801 (20 Jahre vor der Unabhängigkeit) die Bevölkerung zu etwa 57% aus Mestizen, 17% Mulatten, 15% Indígenas und 10% Weiße bestand. Einige Autoren vermuten, daß der Anteil der (in entlegenen Regionen wohnenden) Indígenas dabei unterschätzt werden.

Eine auf gute Kenntnisse des Landes zurückgreifende redaktionelle Bearbeitung hätte hier, wie auch an vielen anderen Stellen; der Verlässlichkeit der Informationen genützt. Einige Beispiele für Mängel der redaktionellen Bearbeitung:

- zwei Präsidenten des 19. Jahrhunderts werden kurzerhand zu einer Person verschmolzen, nur weil beide auf den Namen Mora hörten (S. 37f).
- die Wahl des Präsidenten González Flores wird als erste Zentralamerikas "auf der Grundlage eines freien, geheimen, allgemeinen

und direkten Wahlrechts" bezeichnet (S. 40). Tatsächlich war er bei diesen Wahlen nicht einmal Kandidat, sondern wurde als Kompromißpräsident vom Parlament gewählt, nachdem keiner der Kandidaten eine ausreichende Mehrheit erhielt.

- angekündigte Skizzen (S. 154) sucht man vergeblich.
- die Unabhängigkeit Belizes scheint immer noch nicht in das Bewußtsein vieler gedrungen zu sein: Costa Rica wird als nach El Salvador zweitkleinstes Land Festlandamerikas bezeichnet (S.159)
- auch wenn in einem deutschsprachigen Beitrag keine spanischsprachigen Quellen benutzt werden, sollten costaricanische geographische oder Institutionennamen möglichst nicht auf Englisch gebracht werden (wie "Great Terraba"(S. 192) und "National Council" (S. 194). Das dem Buch durch englischsprachige Artikel anhaftende internationale Flair wird dadurch jedenfalls nicht verstärkt.
- auch ein Zusammenhang wie "... diese Regionen sind die subtropischsten Gebiete (subtropisch - subtropischer - ...) von Costa Rica. ... die Vegetation ist typisch für den feuchten, tropischen Wald" (S. 193) ist nicht leicht zu verstehen.
- daß Kakao und Kokos (S. 195) oder Dominica und die Dominikanische Republik (S. 269) verwechselt werden, fällt vielleicht nur dem Vor-Informierten auf, ist aber dennoch unerfreulich.

Was bleibt, sind einige interessante Artikel, die sich der/die Costa Rica - Interessierte herauspicken kann und mit denen sich die Auseinandersetzung lohnt.

Andreas Maislinger (Hrsg.): Costa Rica. Politik, Gesellschaft und Kultur eines Staates mit ständiger, aktiver und unbewaffneter Neutralität, Innsbruck (Inn-Verlag) 1986

## Diktatur & Revolution in El Salvador

In den Reihen derer, die sich in den letzten Jahren solidarisch mit El Salvador befaßten, herrschen in der Zwischenzeit Ratlosigkeit, wenn nicht Resignation. Der Befreiungskampf der FMLN hat so viele Fragen offengelassen, daß selbst die treuesten Anhänger der Guerilla sich mit den Antworten der Kommandantur nicht mehr zufriedengeben können.

Jetzt ist im isp-Verlag ein dickes Buch erschienen, das "Der lange Krieg" heißt und uns auf der letzten Einbandseite verspricht, "eine der ersten umfassenden Analysen des erbitterten Kräftemessens zwischen Revolution und Konterrevolution in El Salvador" zu sein. Der Verfasser heißt James Dunkerley, ist Aktivist der englischen Solidaritätsbewegung und behandelt die Geschichte von El Salvador aus der Sicht eines Marxisten, der sich in der Tradition von Lenin und von Trotzki weiß.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß er optimistisch in die Zukunft blickt und die letzten hundert Jahre als eine Folge von Klassenkämpfen beschreibt, die mit der Befreiung der Unterdrückten enden werden. Fast programmatisch klingt die Widmung, die einer toten Genossin gilt:

Es rufen dieses Leid und diese Tränen  
nicht nach Mitleid, sondern Sieg  
über die Barbarei des Kapitals  
und den Verrat im Namen der Reform.

Im Sinne dieser Hoffnung auf den sicheren Sieg wird dann beschrieben, was sie bestätigt und verschwiegen, was sie schwächt. Von El Salvador entsteht eine Bild, das uns weiter hoffen läßt. Wir erfahren fast nichts über die Auseinandersetzungen um die Einheit in der FMLN, hören kaum etwas von den Streitereien um die entscheidenden militärischen und politischen Fragen, etwa anläßlich der Offensive Anfang 1981 oder der Beratungen um die sogenannte "Regierung der breiten Beteiligung".

Was uns so lange Zeit schon heftig stört, scheint James Dunkerley nicht einmal wahrzunehmen. Der Tod der Kommandantin Ana-Maria, die ihr politischer Rivale Marcial bestialisch ermorden ließ, um die Linie durchzusetzen, die er, der große Revolutionär, für richtig hielt, wird auf einer halben Seite mit der Bemerkung abgehandelt, man wisse eigentlich noch nichts Genaues. Das ist eine schlimme Heuchelei und verrät, daß unser Autor, der sich gerne sehr neutral, wissenschaftlich objektiv gibt, wohl einen festen Standpunkt hat. Aus dem Einverständnis mit Marcial und seinen Anhängern, die eine zeitlang in England großen Einfluß hatten, erklärt sich dann auch bestens die Besorgnis um die derzeitige Linie der FMLN, die darauf abzielt, den Kampf mit Hilfe von Verhandlungen zu beenden. Sie wird nur vorsichtig angedeutet, um den Eindruck nicht zu schmälern, daß zum Schluß in jedem Falle das Recht auf Seiten der Revolutionäre sei. So wenig, wie es den Verfasser stört, daß Marcial ein strenger Stalinist war, beunruhigen ihn die hierarchischen Strukturen, der Führerkult und der Triumphalismus der Guerilla, welche ahnen lassen, daß ihr Demokratieverständnis stramm in Richtung Moskau weist.

Es ist ein ärgerliches Werk, das färbt und schön- und glättet, wo es will, ganz im Sinne jener Tradition, die mit der Russischen Revolution begann und sich bis heute nicht beirren läßt zu schreien: die Partei hat immer recht.

Wir wissen, daß die Solidaritätsbewegung heiße Herzen braucht und nüchterne Distanz sie bloß behindert. Ihre Mythen, ihre Helden legen Zeugnis ab von der Gewißheit, daß sich die "Verdammten dieser Erde" nicht umsonst erhoben haben. Wir

werden wahrscheinlich noch lange warten müssen, bis sich ein/e Berichterstatte(r) durchringt, nicht nur schwarz und weiß zu malen, weil er/sie begreift, daß diejenigen, die Zweifel haben, mit Auslassungen und Tricksereien selten wieder zu gewinnen sind.

James Dunkerley  
Der lange Krieg  
isp-Verlag, Frankfurt, 1986

## Nicaragua: Vulkan der Träume

Die Experten melden sich zu Wort. In einem jüngst erschienenen Sammelband schreibt, wer in der Nicaragua-Berichterstattung Rang und Namen und im Land Erfahrung hat, über eine Reihe wichtiger Probleme. Nur zwei Frauen machen mit, widmen sich der Frauenfrage und der Psychiatrie; den Männern überlassen bleiben die Themen Wirtschaft, Krieg, Indianer, Kultur und anderes mehr, wobei es keine Aufsätze zu den Notstandsgesetzen, der linken Opposition, der FSLN und zur Verfassung gibt.

Das Buch will kritisch-solidarisch sein, und diese Haltung der Autoren, die neuerdings weit verbreitet ist, ermöglicht, daß so mancher Beitrag Informationen bringt und Interesse weckt. Nach Jahren "eurozentrischer Naivität und Träumerei" - so das Vorwort sinngemäß - geht es jetzt um die Beschreibung dessen, was real ist, auch um Dinge, die wir bisher übersehen wollten. Wie das gemeint ist, sagt das Motto; es stammt von Ernst Bloch: "Es gehört zu Hoffnung enttäuscht zu werden, aber es gehört zu ihr auch berichtigt zu werden, denn sonst kämen wir bei Narrenparadiesen an. Das gehört zur abstrakten Utopie, die sich nur im Kopf ausdenkt und ausklamüsert, wie das sein könnte, aber die Verhältnisse sind nicht so und werden nicht so. Deshalb muß erforscht werden, wo's hingeht."

Weil nun dieses weise Wort in seiner Allgemeinheit jedem dienen kann, ist es auch hier geeignet zuzudecken, daß der Zweck des Buches letztlich eine Rechtfertigung der Dinge ist, wie sie sich im Lauf der Jahre in Nicaragua entwickelt haben. Die Methoden sind nicht neu, denn wie alle Apologeten lassen die Autorinnen und Autoren immer nur die Hälfte der Geschichte raus, schweigen, wenn es allzu brenzlich würde, decken mit beruhigenden Floskeln wieder zu, was Zweifel weckt, sehen Fehler weiter unten, aber niemals bei den höchsten Herren.

Es ist schade, daß sie alle, die doch soviel wissen, nicht die Souveränität besitzen, es zu sagen und wie alle, die befürchten, daß die Sandinisten sie dann nicht mehr lieben, schweigen, wenn es brenzlich wird. Denn es genügt halt nicht, im Vorwort ganz pauschal zu sagen, die Sandinisten hätten eine "haarsträubende Poli-

tik" gemacht und über die konkreten Fakten wie Korruption, die eitlen Bürokraten, den Hunger und die niedrigen Löhne nur Nebensätze bereit zu haben.

Wir empfehlen trotzdem allen, dieses Buch aufmerksam zu lesen, denn es gibt bisher nichts Aktuelles, was den Problemen weiter auf den Grund geht. Viele Daten, Fakten, Einzelheiten sind mit Fleiß gesammelt worden. Der Stil will nüchtern, sachlich sein; die Berichte sind deshalb ziemlich unanschaulich, blutarm, wissenschaftlich und ganz von oben her geschrieben.

Eine Warnung an die Leserschaft, die das Thema Nicaragua kaum kennt: Aus den genannten Gründen werden oft die wichtigsten Probleme hintangestellt, erscheinen als ein Kettenglied, nicht als Kern der Sache. So kommt der Autor Dieter Eich nach einer langen Debatte der wirtschaftlichen Fragen zwei Seiten vor dem Schluß dazu, zu sagen, eine weitere Schwierigkeit der nicaraguanischen Ökonomie sei das Prinzip der "gemischten Wirtschaft" (S.39). Dabei ist sie in Wirklichkeit der Ausgangspunkt, und von hier müßten fast alle Schwierigkeiten abgeleitet werden. Wenn das aber so ist, sieht die Zukunft, die Dieter Eich nicht eben rosig ausmalt, noch um eine Dimension schwärzer aus, und dann wäre es auch kaum noch möglich, folgendes vorzuschlagen: "Der Konsum der Mittelschichten und des Staates muß radikal auf das Nötigste beschränkt werden." (S.39) Dann wäre die kleine Hoffnung ebenfalls Augenwischerei, denn solange die "gemischte Wirtschaft" entscheidend dafür sorgt, daß Preisverfall und Kapitalflucht die Mittelschicht in Panik treiben, wird sie nicht bereit zum Sparen - eher schon zum Sabotieren - sein.

Wir fragen uns, wer da die Träumer sind. Die Verfasser/innen, die der Realität nur soweit ins Auge sehen wie sie ihre Träume nicht zerstört, oder diejenigen, die sagen, daß es schief geht, wenn sie weiterschlafen.

Dieter Eich / Willi Germund: Vulkan der Träume. Nicaragua - Utopie und Alltag. Verlag Klaus Dieter Vervuert, Frankfurt 1986

## Bücher zur Agrarreform in Nicaragua (II)

Bereits 1985 erschien in Nicaragua das Buch von Jaime Wheelock, FSLN-Comandante und Landwirtschaftsminister, mit dem Titel "Die sandinistische Agrarreform zwischen Krise und Aggression". Seit Juni 1986 liegt nun die deutsche Übersetzung vor mit dem Titel "Nicaragua - die sandinistische Landreform" (isp-pocket 18, 127 Seiten).

Jaime Wheelocks Buch ist in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil werden die historischen Bedingungen und Strukturen der deformierten und abhängigen Agrarstruktur Nicaraguas erläutert, wie sie 1979 als Erbe der Somoza-Diktatur übernommen werden mußten. Es folgt die Darstellung der zentralen Phasen der Agrarreform. Im zweiten Teil wird die Konzeption der sandinistischen Agrarreform als Entwicklungsstrategie beleuchtet. Die Entwicklung einer industriellen Rohstoffverarbeitung und der Aufbau einer Agroindustrie sind zentrale Bestandteile des sandinistischen Agrarreformkonzeptes. Die Mittel hierzu sind die Veränderung der Besitzverhältnisse, die veränderte Bodennutzung und auch der bewußte Einsatz von moderner Technologie.

Die internationale Wirtschaftskrise, der Verfall der Rohstoffpreise, die Schuldenkrise und die wirtschaftlichen Kosten der US-Aggression gegen Nicaragua sind die Schwerpunkte des dritten Teils des Buches.

"Zwischen Krieg und Aggression kämpft das Volk weiter für seine Befreiung", so überschreibt Jaime Wheelock die Perspektiven am Schluß des Buches. Geschrieben 1984, können neuere Entwicklungen, also z.B. die verschärfte Wirtschaftskrise und ihre Folgen, die Strategie der "Überlebenswirtschaft", die Aufhebung der Mindestgrenzen für die Enteignung von brachliegendem Land und die noch eher pragmatische Entscheidung, verstärkt individuelle Landtitel zu vergeben (siehe LN 153) nicht oder nur andeutungsweise berücksichtigt sein. Interessant ist das Buch, weil die Ideen und Konzepte der sandinistischen Agrarreform sozusagen vom "responsable" selbst formuliert wiedergibt. Das Resümee des Comandante bleibt freilich optimistisch.

Die derzeitige wirtschaftliche Lage ist jedoch so schwierig wie nie zuvor. Die 100 Mill. \$ für die Contra (und es waren ja weit mehr) werden auch die wirtschaftlichen Folgen der US-Aggression für Nicaragua noch verschärfen.

### "DAS LAND DENEN, DIE ES BEBAUEN ..."

so lautet der Titel des Buches von Bernd Graul, Weltkreis-Verlag 1986, 220 Seiten. Noch ein Buch über Agrarreform in Nicaragua. Grauls Buch ist eine Mischung aus Reportage mit Originalinterviews und persönlichen Erfahrungen in Nicaragua und der Darstellung der Agrarreform mit ihren vielschichtigen Bereichen und Schwierigkeiten. Die Konzeption der sandinistischen Agrarreform, der Kooperativensektor, der Bereich der Agroindustrie, das System der gemischten Wirtschaft und die Rolle der Bourgeoisie, die Situation der Frauen in Landwirtschaftskooperativen und einiges mehr werden im Buch angesprochen.

Abwechslungsreich ist die Lektüre, weil oft Betroffene zu Wort kommen und z.B. ein Beitrag von Anne Kathrin Linck über Frauen in Kooperativen, deren Situation ganz konkret aufgezeigt wird und die Frauen selbst von ihrem Alltag erzählen. Grauls Reportage ist ein

guter Überblick und gut lesbar. Seine Schwächen hat das Buch da, wo es Widersprüche und Fehlentwicklungen zwar anreißt, aber dann vom Autor keine klare Stellung bezogen wird, sondern zum Rückzug auf die "solidarisch beschreibende" Ebene geblasen wird.

### AGRARREFORM UND AGRARKOOPERATIVEN IN NICARAGUA

Wolfram Kühns Arbeit bei Breitenbach Publishers 1985 in der Reihe SPEKTRUM, Berliner Reihe zur Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in Entwicklungsländern, 130 Seiten, erschienen, behandelt vor allem die konkrete Situation einer von ihm untersuchten Agrarkooperative vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklung in Nicaragua. Ein allgemeiner Teil über die Geschichte und die Veränderungen nach '79 im Agrarsektor ist der Fallstudie über die Kooperative vorangestellt.

Am konkreten Beispiel einer Kooperative untersucht Kühn, wie gesellschaftliche Veränderungen ganz konkret funktionieren und welche Schwierigkeiten und Probleme die konkrete Umsetzung der Agrarreform mit sich bringt. Themen, wie Arbeitsorganisation, Kreditpolitik, Vermarktung und Verteilung oder auch der konkrete Prozeß des Lernens werden beispielhaft an der Kooperative aufgezeigt. Gesellschaftliche Widersprüche der sandinistischen Agrarreform spiegeln sich auch im Kleinen, also in den Prozessen innerhalb der Kooperative und deren Beziehung zur "Außenwelt" wider. Als wissenschaftliche Arbeit konzipiert, bleibt das Buch an vielen Stellen sehr trockener Stoff. Die Konzentration auf die eine Fallstudie läßt freilich auch keine Verallgemeinerungen zu und muß viele Gesichtspunkte aussparen. Manchmal schimmert der zwar solidarische, aber eben auch wissenschaftliche Beobachter zu sehr durch.



## Eingegangene Bücher

**Ernesto Che Guevara:** Ausgewählte Werke in Einzelausgaben. Bd. 1: Guerillakampf und Befreiungsbewegungen. Weltkreis-Verlag, Dortmund 1986

Horst-Eckart Gross: **Guatemala.** Bericht über einen verdeckten Krieg. Weltkreis-Verlag, Dortmund 1986

**Antonio Cisneros:** Gedichte. Verlag Klaus Dieter Vervuert, Frankfurt 1986

Peter E. Stüben (Hg.): **Nach uns die Sintflut.** Ökozid 2. Jahrbuch für Ökologie und bedrohte Kulturen. Focus, Giessen 1986

Carola Lentz: **In Guayaquil arbeite ich nur, in Shamanga lebe ich ...** Fallstudie zur Transformation einer indianischen Dorfgemeinde im ecuadorianischen Hochland durch Migration. Nr. 22 der Schriftenreihe 'Entwicklungsperspektiven' des FB 6 der Gesamthochschule Kassel 1986, Bezug: LN-Vertrieb

Evelyn Möller: **Das ökologische Projekt des Regionalen Indianerrates des Cauca (CRIC)/Kolumbien.** Nr. 23 der Schriftenreihe 'Entwicklungsperspektiven' des FB 6 der Gesamthochschule Kassel 1986, Bezug: LN-Vertrieb

**Rückkehr der Götter.** Die Aufzeichnungen der Azteken über den Untergang ihres Reiches. Verlag Klaus Dieter Vervuert, Frankfurt 1986

Melacio Castro: **Peru.** Staat und soziale Klassen. AG Sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK), Kistlerstr. 1, 8000 München 90, 1986

Angélica Vivas: **Cocina Nica.** Rezepte aus Nicaragua. CON, Bremen 1986

Benecke, Kohut u.a. (Hg.): **Desarrollo demográfico, migraciones y urbanización en América Latina.** Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 1986

Elisabeth Reimann: **"Ich war ein Contra".** Bekenntnisse des antisandinistischen Kommandanten Moisés. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1986

Jochen Hippler: **Krieg im Frieden.** Amerikanische Strategien für die Dritte Welt. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1986

Dirk Hegmanns: **In den Händen der Contras.** Ein deutscher Aufbauhelfer schildert seine Entführung in Nicaragua. rororo-aktuell 5925, Reinbek bei Hamburg 1986

## Zeitschriftenschau

blätter des iz3w, Nr. 137, November 1986

Postfach 5328, 7800 Freiburg

**Themenswerpunkt: Zahlen oder nicht zahlen - Perspektiven der Entschuldung:** Schuldenkrise und Verelendung - Beispiele aus Lateinamerika / US-Geldpolitik und internationale Kapitalstrategie / Dokumentation: Interview mit Fidel Castro / Zahlen oder nicht zahlen - Lösungsansätze aus der Sicht der "Dritten Welt" / Schuldenmanagement - neue Wege in die Abhängigkeit / Ausstieg aus der Verschuldungskrise - Diskussionspapier / Auflagenpolitik des IWF: Tödliche Folgen für die Entwicklungshilfe / Länderanalysen zu Mexiko, Nigeria, Südkorea / weitere Berichte zu Sri Lanka, Thailand, Malawi, Indonesien

**BRASILILIEN NACHRICHTEN** Nr. 91/1986

An der Illoshöhe 30, 4500 Osnabrück  
 Republik der Träume - die erträumte Republik, Anmerkungen zur brasilianischen Prosa des vergangenen Jahrzehnts / Afrobrasilianische Literatur / Afrobrasilianische Kultur / Die brasilianischen Indianer - 500 Jahre Kampf gegen den inneren Kolonialismus / Der brasilianische Rundfunk / Ave Maria oder Adeus Censura? / Fortaleza: Probleme einer Stadt / 3 Jahre Sozialdemokratie in Rio de Janeiro / Kurznachrichten

**Bolivia-Informationsblatt** Nr. 61, Sept/Okt 1986

SAGO-Informationszentrum, Wittenbergplatz 3a, 1000 Berlin 30  
 Die Operation Hochofen - Fortdauer der US-Militärpräsenz / Panzer gegen Verzweifelte - Paz-Regierung erklärt Ausnahmezustand / Dokumentation: Das Abkommen zwischen FSTMB und Regierung / Zur Wirtschaftslage: Rohstoffproduktion, Zinnbergbau, Finanzen / Bericht aus dem Projekt CIAC Potosí vom August 1986 / Projektliebhaber gegen "Makro-Geschwätz" - kritische Anmerkungen zum Seminar der Boliviengruppen am 17. - 19. Okt. 1986

**MITTELAMERIKA MAGAZIN** 57, Oktober 1986

Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1  
 Schwerpunkt des Heftes ist die Diskussion der Folgen und Folgerungen aus dem Mord an Berndt Koberstein in Nicaragua. Die nicaraguanische Regierung mußte sich dem Druck aus Europa beugen - sie hat angeordnet, Brigadistinnen und Brigadisten nicht mehr in Kriegsgebieten einzusetzen. Außerdem: Welche Folgen hat der Mord an Berndt Koberstein für das Projekt, in dem er arbeitete, ein offizielles Projekt der Stadt Freiburg?

**BRD und "Dritte Welt", Band 25** Scheffelstr. 6, 2300 Kiel 1  
 "Dritte Welt - Öffentlichkeitsarbeit" (Autor: Peter Hötzel)

Diese Broschüre ist ein Angebot an Dritte Welt - Engagierte, die streßgeplagt und frustriert von Aktion zu Aktion eilen, ihre bisherige Arbeit kritisch zu überprüfen. Peter Hötzel nennt Kriterien für eine solche Reflexion und gibt Anregungen, wie entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit nicht nur Minderheiten sensibilisieren kann. Diskutiert wird die Frage nach dem Entwicklungsverständnis, Lernbarrieren werden untersucht und pädagogische Ansätze vorgestellt. Die prägnant formulierten "Folgerungen für die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit" sind eine Anfrage an die geläufige Praxis von Dritte Welt - Gruppen.

**BRD und "Dritte Welt", Band 26** Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1  
 "Dritte Welt - Handel" (Autor: Peter Hötzel)

Aus einer kritisch-solidarischen Perspektive wird die Geschichte der "Aktion Dritte Welt Handel" nachgezeichnet. Peter Hötzel unterteilt in drei Phasen:  
 - "Vom entwicklungspolitischen Protest zum Lern- und Handlungsmodell" (1970-1973)  
 - "'Politische Waren' als Medium zur Darstellung der Welthandelsproblematik" (1973 - 1978)  
 - "Alternativ Handeln im Kontext von Unterentwicklung und Überentwicklung" (1978 - 1985)

Die "GEPa", Aktionsgruppen und Dritte Welt - Läden werden vorgestellt sowie Grenzen und Perspektiven des Alternativ-Handels diskutiert.

BRD und "Dritte Welt", Band 27 Schwefelstr. 6, 2300 Kiel 1  
 "Alternative Entwicklungspolitik" vom Arbeitskreis Entwicklungspolitik des AAW  
 Tübingen

Diese Broschüre entstand aus einem Programmentwurf für die GRÜNEN, den der Arbeitskreis Entwicklungspolitik gemeinsam mit dem Landesarbeitskreis Internationalismus der GRÜNEN Baden-Württemberg erstellt hatte. Den Ansprüchen an eine alternative Entwicklungspolitik (Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, Kultur) werden Ansatzpunkte zu einer Realisierung (parlamentarisch/außerparlamentarisch) gegenübergestellt. Zum Abschluß wird ein entsprechendes Aktionsprogramm entworfen. Die Vorstellungen gehen weit über die nächste Bundestagswahl hinaus, die Autorinnen und Autoren hoffen, daß die Gedanken und Ansätze von vielen Gruppen in die Öffentlichkeit und in die GRÜNE Partei hineingetragen werden.

BRD und "Dritte Welt", Band 28 Schwefelstr. 6, 2300 Kiel 1  
 "DEG" Herausgeber: Peru-Gruppe-Aachen

Die "Deutsche Entwicklungsgesellschaft", oder, wie ihr neuer Name lautet, die "Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern" ist selbst in Kreisen engagierter Gruppen viel weniger bekannt, als sie es von ihrem Geschäftsvolumen und ihren Aktivitäten her verdient hätte. Diese Tochterfirma des Bundes fördert Direktinvestitionen deutscher Unternehmen und weist das als "Entwicklungshilfe" aus. Die Autorinnen und Autoren weisen anhand von zusammenfassenden Darstellungen und einzelnen Länderbeispielen nach, daß es sich um "Entwicklungshilfe für die deutsche Industrie" handelt.

#### epd-Entwicklungspolitik 20/86

Friedrichstr. 2 - 6, 6000 Frankfurt

Zwei Autorinnen fordern eine neue Art der Frauenförderung: Aufbau von Frauenbüros in Entwicklungsländern, spezialisierte Arbeitseinheiten in der hiesigen Entwicklungsverwaltung, Bewußtseinsbildung, Quotierung in allen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit und gezielte Frauenprojekte / Canaan Banana, Staatspräsident von Zimbabwe, kritisiert die "westliche Theologie" / Pharmatag verschoben - Industrie fordert Kirche zum Umdenken auf - Boko enttäuscht.

#### FREIRE-BRIEF - Rundbrief 3.-Welt-Pädagogik Nr. 28/29-86

AG-SPAK, Kistlerstr. 1, 8000 München 90

Themenauswahl: Comics in Lateinamerika / Aufstand an Emigranten-Schule / Hilfe ohne Helfer? / Peru: Angriff auf Nicht-Regierungs-Organisationen / Arbeiter-Bildung in Ecuador / Projektansatz in der Jugendarbeit

#### AIB 11/1986

Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Nichtpaktgebundene: Auswertung des Harare-Gipfels; Dokumente / Südliches Afrika: Die Strategie des Westens; US-Memorandum zu Südafrikas Atombombe; SWAPO-Lager in Angola / Chile: Stärkte das Attentat den Diktator? Geheimrede des US-Generals Galvin / Pazifik: Die USA unter Druck; Wladiwostok-Rede Gorbatschows / UdSSR - China: Vor der Aussöhnung?

#### AIB - Sonderheft 4/1986

Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Bundesrepublik und Dritte Welt

Die Entwicklungspolitik nach der Wende / Entwicklungshilfe: Einstellen oder umstellen? / Neokolonialer Aufsteiger BRD / Wirtschaftsexpansion und Anteil an der Schuldenkrise / Alternativen zur BRD-Position in der Schuldenfrage / Umfrage: A. Borgmann (Die Grünen) und K.H. Hansen (Friedensliste) zu einer alternativen Dritte-Welt-Politik / Fallbeispiele: Südafrika, Nicaragua

#### ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ 3/86

Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

#### Herrscher der Meere

Die Weltmeere sind in Besitz genommen, und die Ausbeutung ihrer Reichtümer ist in vollem Gange. Der Versuch, zu einer gerechten Lösung des Verteilungskampfes zu kommen, ist gescheitert. Die Folgen: An der Natur wird Raubbau getrieben, und die Armen werden ihrer Lebensgrundlage beraubt. Die Großmächte sichern sich ihre Einflußgebiete; die Abhängigkeit der ärmsten Länder von den reichen Industrienationen verschärft sich weiter. Das neue Seerecht, Tiefseebergbau, die "blaue Revolution", Fischpiratentum und Atommüllversenkung sind einige der Themen, die in diesem Heft behandelt werden.

## Termine

Berlin Berlin Berlin Berlin Berlin Berlin Berlin

Das FDCL und die FILMBÜHNE AM STEINPLATZ zeigen:

#### "LOS INUNDADOS" von Fernando Birri

Immer wieder werden in Argentinien ganze Landstriche überschwemmt, von den Betroffenen haben es wie immer diejenigen an schwersten, die am wenigsten haben. Und Hilfe haben sie schon gar nicht zu erwarten - stattdessen hohle Politikersprüche und Kampf mit der wuchernden Bürokratie. Daß man dieses traurige Thema auch unterhaltsam und trotzdem informativ anpacken kann, beweist der bekannte argentinische Regisseur Fernando Birri in seinem Schwarz-Weiß-Film aus dem Jahr 1961: Die Familie Gaitán hat ihre elende Hütte verloren, Hilfe gibt es nicht, sie greift zur Selbsthilfe und quartiert sich in einem alten Eisenbahnwaggon ein. Der wird an einen Zug angekoppelt und so fährt sie quer durch das Land, denn ihre Akte ist verschwunden, also darf auch niemand den Waggon abkuppeln... Eine Satire, eine Schelmengeschichte, deren eindruckliche Bilder gleichzeitig daran erinnern, daß Birri auch die besten Dokumentarfilme Argentiniens gedreht hat.

Der Film läuft in spanisch mit deutschen Untertiteln in der Film-  
 bühne am Steinplatz, 23. - 25.11. und 30.11. - 1.12. um 21 Uhr 30.

3.12.1986, 19.30 Uhr, Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61  
 Brasilien nach der Diktatur: Tödlicher Kampf auf dem Land  
 Bericht mit Dias über Landkonflikte

5.12.1986, 19.30 Uhr, Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61  
 Chile - Menschenrechte unter dem Kriegsrecht

Bericht und Diskussion über die aktuellen politischen Ereignisse in Chile, die Situation der Menschenrechte und die politischen Gefangenen.  
 Veranstalter: FDCL, COSECH

## SEMINARE DES AKE-BILDUNGSWERKS

5. - 7. 12. 1986 in Melle:  
Verschuldung - Zwangsjacke zur Weltmarktintegration der  
'Entwicklungsländer'

\*

6. - 7. 12. 1986 (Ort noch unbekannt):  
Deutsche und ausländische Jugendliche - haben wir etwas  
gemeinsam?

\*

9. - 11. 1. 1987 in Vlotho:  
Tanzania - Politik, Entwicklung und Gesellschaft

\*

Information und Anmeldung für diese drei Seminare bei:  
AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 4973 Vlotho, Tel.: 05733/6800

\* \* \*

Seminar der Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und  
Hochschulgemeinden (AGG)

12. - 14. 12. 1986 in Darmstadt:  
Weltwirtschaft II: Wer zahlt, befiehlt.  
Information und Anmeldung bei:  
AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/234021

\* \* \*

Seminare des Pestizid Aktions-Netzwerks (PAN)

5. - 7. 12. 1986 in Göttingen:  
Integrierter Pflanzenschutz/bau - eine Alternative für die  
Dritte Welt?  
Information und Anmeldung bei:  
PAN, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/393978

\*

16. - 18. 1. 1987 in Rotenberg bei Heidelberg:  
Der Kreislauf des Giftes - Die Folgen des Pestizidexports in  
Länder der 'Dritten Welt' am Beispiel Brasiliens  
Information und Anmeldung bei:  
PAN Heidelberg c/o Elio Scheffler, Wolfgangstr. 10,  
6900 Heidelberg, Tel.: 06221/781400

\* \* \*

Seminar des Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktions-  
gruppen

5. - 7. 12. 1986 in Dortmund:  
Tschernobyl und die Folgen - Auswirkungen der Atomenergie  
auf die Dritte Welt und uns  
Information und Anmeldung bei:  
BUKO, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/393156

## Neu im Vertrieb der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

In der Schriftenreihe Entwicklungsperspektiven der Lateinamerika-  
Dokumentationsstelle am Fachbereich 6 der Gesamthochschule Kassel  
sind in den letzten Wochen neu erschienen:

EP 21) Grundgesetz für die Landwirtschaft der Landarbeiter und  
Kleinbauern Boliviens (Angenommen auf dem nationalen Kongreß von  
Cochabamba vom 16. bis 20. Januar 1984)  
83 Seiten DM 7,50

EP 22) Carola Lentz: "In Guayaquil arbeite ich nur, in Shamanga  
lebe ich ..." (Fallstudie zur Transformation einer indianischen Dorf-  
gemeinde im ecuadorianischen Hochland durch Migration)  
19 Seiten DM 2,--

EP 23) Evelyn Möller: Das ökologische Projekt des Regionalen  
Indianerrates des Cauca (CRIC)/Kolumbien  
30 Seiten DM 3,--

\* \* \* \* \*

Rechtzeitig vor Weihnachten öffnen wir unsere Bücher-Kiste:

- Violeta Parra - Lieder aus Chile  
Zweisprachige Anthologie, herausgegeben von Manfred Engel-  
bert, Zweite Auflage, Verlag Klaus Dieter Vervuert, Frank-  
furt 1979 DM 14,--

- Chile: Das indianische Mapuche-Volk und sein historischer  
Widerstand  
Teil 1: Der dreihundertjährige Arauco-Krieg (Mai 1982)  
Teil 2: Die aktuelle Situation (September 1983)  
zusammen statt bisher DM 14,- DM 7,--

- Sieglinde Braeucker: Frauenwiderstand in Lateinamerika  
Zeugnisse der verschiedenen Kämpfe und Widerstandsformen von Frauen in Chile, Kuba,  
Brasilien und Bolivien. Ihr doppelter Kampf gegen Machismo und Imperialismus.  
Libertäre Assoziation, Hamburg 1982 DM 25,--

- Rose Gauger/Ulrike Helwerth: Wir sind die Ameisen der Be-  
wegung. Frauen in Lateinamerika  
Schwarzwurzel-Verlag, Reutlingen 1982 DM 22,--

- Rainer Epp/Klaus Frederking (Hg.): Dub Version. Über Ja-  
maikas Wirklichkeit. Rotbuch-Verlag, Berlin 1982 DM 12,--

\* solange der Vorrat reicht \*

Bei Vorauszahlung durch beigefügten Verrechnungsscheck über-  
nehmen wir Porto- und Versandkosten.

Bestellungen an:

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN, Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61



# Lateinamerika

Hejo Heussen

## WELTMARKT UND SOZIALE NOT

Über die Unsicherheit sozialer Sicherheit in der Dritten Welt  
M 44, 408 Seiten, brosch., ISBN 3-88227-044-6 DM 18,-

Am Beispiel Argentinien untersucht der Autor die Funktionen der Sozialpolitik in einem Land der Dritten Welt. Wie die wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten diese Politik bestimmen, wer ihre Träger und was wiederum deren Interessen sind, vermittelt dieser Band ebenso anschaulich wie er Einblick in die Schaltstellen und Eingriffsmöglichkeiten ins System sozialer Sicherheit gibt.

Schulze (Hrsg.)

## VOLKSERZIEHUNG IN LATEINAMERIKA

Von der Theorie Paulo Freires zur politischen Praxis der Unterdrückten  
M 33, 264 Seiten, brosch., ISBN 3-88227-033-0 DM 16,-

Im ersten Teil des Buches werden neuere Texte Paulo Freires vorgestellt, die sich vor allem mit dem politischen Charakter der Bewußtseinsbildung befassen. Der zweite Teil veranschaulicht durch Beispiele Inhalt und Methode der Educacion Popular, der Volkserziehung, wie sie heute in Lateinamerika weit verbreitet ist.

Acevedo/Godinez/Rosenthal/Samanez

## FRAUENBLICKE

Zeichnungen und Karikaturen von und über Frauen in Lateinamerika, 80 A 4 S., ISBN 3-923 126-34-4, DM 15,-

Vier engagierte Künstlerinnen und Künstler aus Peru thematisieren aus ihrer jeweiligen Perspektive das, was sie beim Thema Frau am meisten bewegt. Meine Feder ist mein Messer!



Heinz Schulze  
**sozialarbeit  
in lateinamerika**  
SOLIDARISIEREN - NICHT INTEGRIEREN

Heinz Schulze

## SOZIALARBEIT IN LATEINAMERIKA

solidarisieren - nicht integrieren

M 53, 272 S. m. Abb., ISBN 3-923126-11-5 DM 18,-

Ein Buch für alle Lateinamerika-Solidaritätsgruppen. Es behandelt alle Bereiche sozialer Arbeit und zeigt auch, wo und wie Interessen ausländischer Institutionen, Sekten, Stiftungen etc. Einfluß nehmen. Darüberhinaus: Ansätze befreiender Praxis.

Erhältlich im Buchhandel und direkt bei der AG SPAK, Kistlerstr. 1, 8000 München 90

# ag spak

# Lateinamerika

im Verlag Klaus Dieter Vervuert



## SACHBUCH

Martin Franzbach (Hrsg.)

## KUBA

Materialien zur Landeskunde.  
113 Seiten, ill., 14,80 DM

Martin Franzbach stellt in diesem Buch Texte zu Kuba vor, die Einblicke geben in Probleme der kubanischen Gesellschaft in Vergangenheit und Gegenwart. Karikaturen, Grafiken u.a. Abbildungen illustrieren und lockern das Buch auf. Weiterführende Literaturhinweise unter Texten bieten reiches Material zur selbständigen Vertiefung des Themas und geben eine Fülle praktischer Informationen für Lehrer, Schüler, Drittweltler und Touristen, Geschichts-, Kultur- und Politikinteressierte im weitesten Sinn.

Dieter Eich / Willi Germund (Hrsg.)

## Vulkan der Träume

Nicaragua, Utopie und Alltag.  
228 Seiten, Fotos, DM 29,80.

Mit Beiträgen von: Dieter Eich, Willi Germund, Michael Rediske, Robin Schneider, Xavier Gorostiaga u.a.

Das Buch geht auf alle Aspekte der Entwicklung in Nicaragua seit 1979 ein. Es kommen Autoren zu Wort, die seit längerer Zeit Nicaragua aus eigener Anschauung kennen, Augenzeugen, die den Schritt wagen, die Entwicklung mit all ihren Facetten umfassend zu erklären, aber auch die Fehler aufzuzeigen, die gemacht wurden.

## LYRIK

Manuel Bandeira

## Der Weg nach Pasárgada

Gedichte und Prosa.

Ausgewählt und aus dem brasilianischen Portugiesisch übertragen von Karin von Schweder-Schreiner und mit einem Nachwort von Bela Jozef. Zweisprachige Ausgabe. 152 Seiten, DM 19,80.

»Dieses schöne Büchlein ist nicht nur kompetent, sondern auch mit Liebe erstellt. Es übermittelt nicht allein Einblick in das Werk eines Dichters, sondern gibt auch eine Idee dessen, was brasilianische Lyrik, ja was die Wahrnehmung Brasiliens im Medium von Poesie in unserem Jahrhundert zu sein vermag.« (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.1.1986)

Ferreira Gullar

## Faule Bananen und andere Gedichte

Ausgewählt, aus dem brasilianischen Portugiesisch übertragen und mit einem Nachwort von Curt Meyer-Clason. Zweisprachige Ausgabe. 138 Seiten, DM 16,80.

Ferreira Gullar, geb. 1930, ist durch seine Biographie und sein Werk einer der repräsentativen Lyriker Brasiliens. Wie bei einer Vielzahl lateinamerikanischer Autoren sind auch bei ihm Biographie und Werk eng verflochten mit der politischen Wirklichkeit seines Landes als direkt erlebte Konfrontation: Diktatur und politische Unterdrückung, aus der schließlich nur ein Ausweg herausführte: das Exil.

Antonio Cisneros

## Gedichte

Ausgewählt von Antonio Cisneros und aus dem Spanischen übertragen von Carlos Müller. Zweisprachige Ausgabe. 130 Seiten, DM 19,80

Antonio Cisneros, 1942 in Lima geboren, zählt zu den bekanntesten Lyrikern seiner Generation in Lateinamerika. Mario Vargas Llosa sagte über ihn: »Er schreibt Poesie in perfektem Gleichgewicht zwischen Ideen, Gefühlen und dem poetischen Wort.« Seine Lyrik wurde mehrfach mit internationalen Preisen ausgezeichnet; die Originalausgaben seiner bislang neun Gedichtbände erschienen in Lima, Buenos Aires, La Habana, Barcelona und Mexico, Übersetzungen in den USA, Ungarn und den Niederlanden.

Wir verlegen Bücher zu  
Lateinamerika und Spanien

Verlag Klaus Dieter Vervuert

Wielandstr. 40, 6000 Frankfurt 1, Telefon (069) 5996 15